

# Deutsche Metallarbeiter-Zeitung

und

## Glück=Auf.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pfg.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 1839.

Berechnet werden  
Inserate die dreispaltige Zeile oder  
deren Raum mit 50 Pfg.

Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Publikationsorgan der Allg. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm, Nürnberg, Luitpoldstraße 9. — Redaktion und Expedition: Nürnberg, Luitpoldstraße 9.

**Inhalt:** Der Bundesrath und der Wucherzoll. — Oberchleisches. — Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein. — Die deutsche Gold- und Silberwaarenbranche und der Zolltarif. — Die Arbeitslosigkeit. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — D. M. B.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Unser Unterstützungswesen. — Rundschau. — Aus anderen Berufen und Organisationen. — Literarisches.

### Zur Beachtung.

#### Zugang ist fernzuhalten:

von Feilenbauern nach **Breslau** (Karl Klose);  
von Feingoldschlägern nach **Breslau, Leipzig, Nürnberg** (besonders von den Werkstätten von Chr. Schmidt, obere Wentergasse 12, Friedr. Reinmann, Tafelfeldstraße 84, Jean Schnitzbaum, Kühnertsgasse) N. und **Schwabach** (besonders von den Werkstätten M. Wüttmer, Gunger, Schlüpfinger und Jgl);  
von Klempnern und Emailarbeitern nach **M. Gladbach** (Robert Jansen);  
von Metallarbeitern aller Branchen nach **Offenbach a. M.** (Diele & Co.) St.;  
von Schlossbauern nach **Wolbert** (Karl Kremer) N.;  
von Silberschlägern nach **Fürth** i. Bayern (Dummling, Eifemann, Heiter, Jakob, Meier, Nise, Stahl) N.  
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche **überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; U.: Lohnbewegung; M.: Aussperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; Wl.: Mißstände; N.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

### Der Bundesrath und der Wucherzoll.

Rasch und prompt wie immer, wenn es sich um die Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen handelt, hat der Bundesrath den von den Reichsämtern des Innern und der Finanzen ausgearbeiteten Entwurf zum neuen Wucherzolltarif fertiggestellt, so daß er dem nächstens zusammentretenden Reichstag sofort vorgelegt werden kann und auch vorgelegt werden wird. Für einige wenige und natürlich nicht die wichtigsten Positionen wurden die Zollansätze etwas reduziert, für andere dagegen noch erhöht, während die Zölle für die wichtigsten Positionen, namentlich Getreide, Fleisch (d. h. die Viehzölle usw.) unverändert in ihrer empörenden Höhe belassen wurden.

Indessen war vom Bundesrath, der Vertretung der Klassenregierungen und der Klasseninteressen, ein anderes Resultat nicht zu erwarten. Die Vertreter einiger kleineren Staaten sollen zwar ihre Bedenken gegen den Wuchertarif geäußert haben, allein die kompakte Majorität der kaiserlichen Großgrundbesitzer, die nebenbei noch Junkierer sind, sowie ihre gleichgesinnten Kollegen „ohne Nr und Galm“, hat natürlich glatt gestimmt. So weit es vom Bundesrath abhing, hat das Unheil für das deutsche Volk triumphirt — wird nun auch der Reichstag trotz der Protestkundgebungen der weitesten Volkskreise durch ihre Millionen-Unterschriften den Muth haben, dem Wuchertarif seine Zustimmung zu geben?

Man wird gut thun, in dieser Beziehung das Schlimmste zu erwarten. Die kompakte Reichstagsmajorität der an die Volksausbeutung gewöhnten Kraut- und Schlotjunfer einschließlich der frommen Zentrumskräfte wird taub bleiben gegenüber dem Schrei der Noth, gegenüber den Drohungen des Auslandes mit Volkkrieg, und das verhängnißvolle Schicksal wird seinen Weg machen. Angesichts dieser leider durchaus begründeten Befürchtungen ist es eine Nothwendigkeit, in der Agitation gegen die drohende Gefahr nicht zu erlahmen, sondern die Protestbewegung und die Aufklärungsarbeit fortzusetzen.

Insbesondere ist immer wieder aufmerksam zu machen auf die brutalen Wucherzölle, mit denen die wichtigsten und unentbehrlichsten Nahrungsmittel be- steuert werden sollen. Dieselben Volksfeinde und Pharisäer, die mit geübtem Augenaufschlag beten:

„Gib uns unfertiges Brot!“, schreien davor nicht zurück, daselbe in wucherischer Weise zu vertheuern, damit sie selbst ihr Einkommen, ihre Grundrente erhöhen und ein noch verschwenderischeres Leben führen können, als es heute schon geschieht. Die Nachkommen der gehängten und anderen gleichwerthigen Raubritter sind von Alters her an die Ausplünderung ihrer Nebenmenschen gewöhnt, sie haben es seit jeher als ihr Vorrecht betrachtet, auf Kosten anderer Leute Reichthümer zu sammeln und eine glänzende Lebensweise zu führen. Wenn sie früher ohne Bedenken Raub und Mord auf der Straße ausübten, so wäre es verwunderlich, heute irgend eine menschliche Regung bei ihnen zu finden ob der Vertheuerung des Brotes und ob der Aussicht, daß Hunderttausende und Millionen dann nicht einmal mehr genügend trockenes Brot essen können. Die Kanaille soll verrecken, wenn sie nicht leben kann, dann sind ja wir Junker immer noch da!

Da hat nun gerade zur rechten Zeit die in Stettin erscheinende „Dijee-Zeitung“ einen Skandal von agrarischer Getreidepekulation enthüllt, der neuerdings beweist, daß die hab- und gwinnsüchtigen und unerfahrenen Agrarier in der Befähigung zu Wuchergeheimnissen es erfolgreich mit den raffiniertesten Wucherjuden aufnehmen können. Im Frühjahr hatte der Graf Schwerin-Löwitz Namens des preussischen Landesökonomie-Kollegiums einen in bekannter Manier kolossal übertriebenen Bericht über die vom Winterfrost an den Saaten verursachten Schäden, die hunderte Millionen Mark betragen sollten, in der That aber viel weniger ausmachten, an die preussische Regierung gerichtet. Die Uebertreibung der Darstellung hatte den offensichtlichen Zweck, aus der Staatskasse unter neuem Titel neue Liebesgaben von ungezählten Millionen zu erlangen, und in der That griff die agrarische Regierung auch sofort in der gewohnten Weise ein. Die übertriebene Schilderung der Frostschäden hatte aber noch einen weiteren Erfolg in Gestalt der Erhöhung der Getreidepreise. Einmal so weit, erwarteten die Getreidewucherer eine weitere, fortwährende Preissteigerung, und um dieselbe auch selbst bis zur Erlangung der höchsten Preise zu fördern, hielten sie mit dem Verkauf ihres eigenen Getreides zurück. Diese Wuchertaktik praktizirten nun, wie die „Dijee-Zeitung“ zu berichten in der Lage ist, auch die staatlich subventionirten Genossenschaften für Getreidelagerhäuser. In einem solchen in einer Hafenstadt an der Ostsee waren an 1000 Tonnen (gleich 20,000 Zentner) Roggen aufgestapelt. Das Getreide verdarb, da man fortgesetzt auf steigende Preise rechnete und überdies die nothwendige Bearbeitung des Getreides unterließ, weil angeblich ein Silo neuester Konstruktion solche Bearbeitung überflüssig macht. Als nun der Roggen ein höchst verdächtiges Aussehen bekam, sandte man eine Probe mit einer Verkaufsofferte an eine Mühle. Diese fand den ganzen Roggen so verdorben, für Mahlzwecke völlig ungeeignet und lehnte einen Ankauf auch zu erheblich herabgesetzten Preisen ab. Darauf wurden etwa 500 bis 600 Tonnen transit Hamburg mit 50 Mk. unter den Tagespreisen gehandelt. Offenbar handelte es sich dabei nur um einen Scheinverkauf, um von der Steuerbehörde die Ausfuhrvergütung zu erschwindeln. Als aber die Steuerbehörde bei der Untersuchung des Getreides dessen Unbrauchbarkeit feststellen mußte, lehnte sie die von ihr verlangte Ausfuhrvergütung ab.

So treiben es also die „Edelsten und Besten der Nation“, so treiben es die junkerlichen Agrarier, diese „Stützen von Ordnung, Sitte und Religion“! Vor keiner Schleichheit scheuen sie zurück, um das Volk und den Staat auszuplündern, und einer solchen

Mique soll nun durch Gesetz das ganze Volk zu Wucherzwecken auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden.

Bekanntlich wird die ganze Wucherzollpolitik mit der angeblichen Nothlage der Landwirtschaft zu rechtfertigen gesucht. Diese Nothlage besteht, aber nicht für die großen Agrarier, welche am meisten nach den Wucherzöllen schreien, sondern bei dem Kleinbauernthum, dem aber die wucherischen Agrarzölle nicht von Nutzen, vielmehr von Schaden sind. Wie es sich mit der Nothlage der Junker und anderer Großgrundbesitzer verhält, zeigt unter Anderem auch die Thatsache, daß sie mit ihren schwindelhaften „geflickten Strohdächern“ den Mißblättern verfallen sind.

Eine thatjächliche, bittere und erschreckende Nothlage besteht ferner für Millionen von Arbeitern, die zum Theil gänzlich arbeits- und verdienstlos, zum Theil ungenügend beschäftigt sind und nur geringen Verdienst haben, so daß hier eine unermessliche Summe von Noth, Elend und Entbehrung vorhanden ist, die in der Zunahme der Erkrankungshäufigkeit, der Todesfälle, der Selbstmorde und Verbrechen ihren erschütternden und entsetzlichen Ausdruck findet. Diese fürchterliche Nothlage erheischt die wuchtige Verwerfung der Wucherzollvorlage, die Verhinderung auf dem Schindanger nach dem Beispiel des der berüchtigten Zuchtshausvorlage bereiteten Schicksals. Die dringende und wuchtige Verwerfung der Wucherzollvorlage ist aber nicht bloß geboten im Hinblick auf die gegenwärtige bittere Nothlage des millionenförmigen arbeitenden Volkes, sondern auch im Hinblick auf die Zukunft, die sich nach der Durchsetzung der Wucherzölle mit ihrer ungeheuren Vertheuerung aller Lebensmittel, mit dem Rückgang des Exports, mit den Volkskriegen, mit der Verelendung der Massen zu einer schrecklichen Dauerkrise gestalten muß.

Ergänzend ist die Unfähigkeit und Verblendung der regierenden Kreise, die sich der Größe, der einschneidenden Tragweite des von ihnen gethanen Schrittes für ihre eigene Situation nicht bewußt sind. Der frühere österreichische Handelsminister und schwäbische Professor Schäffle sagt es bei vernagelten und einsichtlosen Herren am Schluß einer gegen den Wuchertarif gerichteten und in der „Frankf. Zeitung“ veröffentlichten Artikelserie mit folgenden Worten: „Sehr ungeru berühre ich die politische Gehässigkeit, womit der neue Tarif die regierenden Schichten bedroht. Dennoch halte ich es für Pflicht, auch darauf hinzuweisen. Diese Schichten sind am sogenannten festen Großgrundbesitz, welchem der Vortheil vom Agrartarif für einige Zeit am meisten zufallen würde, mittheilhaftig. Der feste Großgrundbesitz liegt nicht bloß in den Händen des Staates und der Gemeinden, sondern auch im ewigen Fideikommiß der regierenden Häuser und des alten Adels. Nun bedeuten die Preiserhöhungen, welche dem besessenen Großgrundbesitz höhere Bodenrente vermitteln, Brotsteuern, welche nicht bloß das Staats- und Gemeinde-, sondern auch das Kron- und das Adels-einkommen in verhüllter Weise vermehren. Diese Thatsache würde mehr und mehr in das öffentliche Bewußtsein eindringen. Heute denkt an verdeckte Vermehrung der fürstlichen Einkünfte wahrscheinlich kein einziges Haupt (wirklich nicht?) einer regierenden Familie. Auch die Domänenräthe, Oekonomieräthe, Forsträthe, Güterdirektoren, welche in der Agitation für den Tarif mitwirken, haben schwerlich an die politische Gehässigkeit für ihre Herren gedacht, welchen sie als gute Verwalter und treue Haushalter höhere Domänenrenten herauswirthschaften möchten. Die leitenden Staatsmänner aber werden sich nicht verhehlen dürfen, daß die künftlichen Erhöhungen der Grundrenten für regierende Häuser in politischer

Sinicht etwas sehr Gehässiges an sich haben, was viel widerwärtiger werden mag, als direkte und offene Erhöhung der Zivilliste. Auf die regierenden Kreise hauptsächlich wird das Odium fallen, während den Hauptnutzen der nicht regierende Adel haben wird. Nun, wir denken, beide: der regierende wie der nichtregierende zusammen. Schäßle schließt mit der Erklärung, daß ihm dieser Zollwucher, der Volk und Staat, die innere und äußere Politik an den Abgrund führt, und gegen den, die ganze Größe der Gefahr erkennend, das Volk mit allen Kräften sich stemmen muß, nur begreiflich erscheint, wenn er sich sagt: „Sie wissen nicht, was sie thun!“

Darum aufs Neue der Kriegsruf: Nieder mit dem Wuchertarif, nieder mit der Ausplünderungs- und Raubpolitik!

Oberschlesisches.

Kennst Du das Land, so wunderschön?

Grün und schwer hängen die Wolken über dem ober-schlesischen Flachland, kein Höhenzug, kein muldiges Gelände bietet dem Auge einen erfreuenden Ruhepunkt. Unaufhörlich entsteigt dichter Rauch den Schloten und senkt sich langsam nieder auf Häuser, Straßen und Menschen, ein feiner Kohlenstaub legt sich bald auf die Kleider des Wanderers. Schmutzig, grauschwarz sieht alles aus, wohin wir sehen, überall die faule Blässe der Schläfrigkeit, die starre Monotonie der Abgestumpftheit. Man wundert sich, wenn man einen fest dreinschauenden Menschen erblickt im ärztlichen Kleide. Fast durchweg tritt uns Niedergeschlagenheit, Bedrückung, Stumpfheit, Fanatismus und bittere Armut entgegen. So siehts im ober-schlesischen Industriegebiet, in den Gemartungen der Orte Beuthen, Zabrze, Königshütte, Zabrze, Mysłowitz, Kattowitz u. s. w. aus. Wer's nicht glaubt, gehe hin und sehe!

Auf einem verhältnismäßig sehr kleinen Erdstück wohnen hier über 130,000 Montanindustriearbeiter nebst ihren Familien zusammen, darunter über 40,000 Eisen-, Stahl-, Zink-, Blei- u. c. Arbeiter. Der Boden birgt ungeheure Mineralschätze, in den Bergfläzen werden großartige Wertmengen hergestellt. Jedenfalls ist deshalb hier das Proletariat so groß, denn es scheint ein Naturgesetz zu sein (siehe Indien u. c.), daß in von der Mutter Natur am reichsten bedachten Ländern das Volk der Arbeit am erbärmlichsten lebt — während eine Handvoll Privilegierter die Arbeit Anderer in Uebersülle genießt. Und diese Handvoll ist in Oberschlesien besonders klein.

Eine Zeit niegekehrter Grute liegt hinter den Industrieherren. Betrachten wir, was die Schöpfer der Grute erzielten.

In der Eisen- und Stahlindustrie Oberschlesiens waren (nach der Statistik des dortigen Unternehmensvereins, herausgegeben vom Geschäftsführer Dr. Holz) 1895 insgesamt 23,997, 1900: 34,352 Arbeiter beschäftigt.

Produktion und Wert derselben entwickelten sich wie folgt:

Table with 3 columns: Year, Production in Tons, Value in Marks. 1895: 1228922 Tons, 96909371 Marks. 1900: 1779389 Tons, 192980409 Marks.

Die Menge nahm rund 45, der Wert über 100 Prozent zu! Ja, die Unternehmer haben verstanden ihr Schächchen zu scheeren.

Den Arbeitern ist das Scheeren gar nicht so vorzüglich gelungen, denn ihre Gesamtlohnsumme stieg nur von 17,9 auf 29,9 Millionen Mark, d. h. um 60 Prozent, wobei aber zu beachten ist, daß die Gesamtzahl der Arbeiter 43 Prozent zunahm! Nach eigener Angabe der Unternehmer ist der Jahresdurchschnittslohn der beschäftigten Eisen- und Stahlarbeiter seit 1895 rund 25 Prozent gestiegen, also nur den vierten Theil der Steigerung des Arbeitsvertrages! Jedermann wird zugeben, daß eine solche Theilerei zweifellos gerecht ist.

Sehen wir uns die Löhne unserer ober-schlesischen Kollegen etwas genauer an. Boreist aber einige Erläuterungen: In der ober-schlesischen Eisen- und Stahlindustrie herrscht durchweg die ununterbrochene 12stündige Arbeitszeit, die während der letzten flotten Jahre vielfach auf 14 bis 16 Stunden ausgedehnt wurde. Auch 36stündige Schichten (zwei Tage und eine Nacht) sind besonders für die Reparaturschlosser und Werkzeugmaschinenarbeiter nicht selten gewesen. An den Hochofen und in den Stahlgießereien wurde gewöhnlich Sonn- und Feiertagsarbeit bis Sonnenfrüh um 9 bis 12 Uhr. So haben uns zuverlässige ober-schlesische Freunde mitgeteilt. Als die 12te Hochofenschicht

noch nicht hereingebrochen, haben wir uns selbst in Oberschlesien davon überzeugt, daß nur die regelrechten Schichten eingehalten wurden. Also damals keine, in den letzten Jahren sehr viele Ueberschichten, was bei Beurteilung der Jahreslöhne ausschlaggebend ins Gewicht fällt. Das halte man sich immer vor Augen, wenn man die nachfolgenden Lohn Tabellen studirt.

Bei der Roheisenherstellung waren beschäftigt 1895: 3536 (davon 599 weibliche!), 1900: 4685 (820 weibliche!) Arbeiter. Im durchschnittlichen Jahreslohn verbiente

Table with 4 columns: Year, Adult male workers, Youth workers, Female workers. 1895: 807, 329, 332. 1899: 980, 365, 328. 1900: 985, 414, 348.

Der Frauenlohn ist also (siehe Vorhergehendes) nicht gestiegen, der Lohn der Jugendlichen nur um einige Pfennige pro Tag und wie es sich mit der tatsächlichen Lohnsteigerung der Erwachsenen verhält, ergibt dieses: Die Produktionsmenge wurde 30 Prozent gesteigert, der Wert der Tonne stieg von 49 auf 65 Mk. Da die Arbeiter nach Leistung bezahlt werden, ist ihre Einkommenszunahme hinter der des Arbeitsertrages zurückgeblieben.

In den Eisengießereien waren beschäftigt 1895: 2155 (18 weibliche), 1900 3281 (35). Der Durchschnittslohn betrug für

Table with 4 columns: Year, Adult male workers, Youth workers, Women. 1895: 710, 202, 241. 1899: 859, 272, 292. 1900: 862, 281, 289.

Die Arbeiterlohnsumme erhöhte sich (ab 1895) von 1460 auf 2647, die Wertsumme der Produkte von 5693 auf 12,915 Millionen Mark! Jede Erläuterung ist hier überflüssig.

In den Walzwerken waren beschäftigt 1895: 14,319 (525 weibliche), 1900: 19,540 (800) Arbeiter. An Löhnen werden angegeben für

Table with 4 columns: Year, Adult male workers, Youth workers, Women. 1895: 789, 341, 308. 1899: 922, 347, 328. 1900: 930, 369, 342.

Jugendliche und weibliche Arbeiter sind auch ohne absolute Lohnhöhung geblieben, in Unbetracht der Ueberschichten darf man sogar von absoluter Lohnkürzung reden! Die Produktionsmenge ist um mehr als 50 Prozent in die Höhe gegangen, dagegen die Arbeiterzahl nicht ganz 40 Prozent. Pro Tonne wurden 1895: 109, 1900: 142 Mk. Einnahme erzielt, die gesammte Wertsumme stieg von 55 auf 112 Millionen Mark = 100 Prozent! Die Arbeiterlohnsumme (Erwachsene) nur 19 Prozent!!! Es geht doch nichts über ein allerchristlichstes Unternehmertum, die größten ober-schlesischen Industriellen. Adl verpflichtet. Adl verpflichtet.

Sinnenfällig kommt in nachfolgender Tabelle das arbeiterfreundliche, selbstlose Wirken der Industriemagnaten zum Vorschein. Es betrug in der Eisen- und Stahlindustrie

Table with 3 columns: Year, Value of total products, Total wages, Production per worker. 1895: 96,909,371 Mk, 17,956,439 Mk, 17 Mk. 1900: 192,980,409 Mk, 29,993,815 Mk, 15 Mk.

Der Antheil der Arbeiter an den Industrieerträgen ging demnach zurück, das Gegentheil ist stets von Wertinteressenten behauptet worden.

Überall ist das so, wenn auch nicht überall so skandalös, aber für Oberschlesiens Herren kommen noch ganz besonders erschwerende Umstände in Betracht. Unbestreitbar sind in den letzten Jahren die Rohstoffe, besonders Kohlen, Roheisen und Erze, verteuert worden, was eine Verteuernng der Produktionskosten in der Eisen- und Stahlindustrie bedingte, die allerdings durch größere Produktivität der Arbeit ausgeglichen ist. Aber die Herren der ober-schlesischen Eisen- und Stahlwerke sind auch Besitzer von Kohlen- und Erzgruben, Kokereien und Hochofen! Die Freiherren, Grafen, Fürsten: Hohenlohe, Ballestrem, Donnersmarck, Matuschka, Schaffgotsch, Thiele-Winkler, Radtke, Giesche's Erben, Saurma-Jeltich, Kupfer's Erben u. s. w. hatten unter der Erhöhung der Rohstoffpreise nicht, oder nur wenig zu leiden, da sie selbst Rohstoff-Werke besitzen. In ihren Gunsten kann also das abgedroschene Argument von der „Erhöhung der Selbstkosten“ erst recht nicht angewendet werden. Dennoch be-

zahlten sie ihre Arbeiter bedeutend schlechter wie andere unter schlechteren Bedingungen stehende Werkbesitzer. Nirgends sind die Arbeiterlöhne im Verhältnis zur Leistung so niedrig wie in Oberschlesien, nirgends ist in Folge der auf agrarisches Drängen durchgeführten Grenzsperr die Lebenshaltung des ärmsten Volkes so vertheuert, nirgends ist darum die Ernährungsweise, die geistige Entwicklung des Volkes so zurückgeblieben wie in Oberschlesien, wo ein Duzend hochgebildeter Geschlechter Herr über Grund und Boden, Erbschätze und Menschen sind. Zur Vervollständigung dieses Kulturbildes muß auch noch angefügt werden, daß die ober-schlesischen Gruben- und Gürtelbesitzer hervorragende „Söhne der katholischen Kirche“, Stützen des „arbeiterfreundlichen“ Zentrums, Tischgenossen „maßgebender Kreise“ sind und daß es ihnen auch nicht an weltlichen und kirchlichen Würden mangelt. Darum auch die Besorgnis von Polizei und Klerus, die ober-schlesischen Arbeiter möchten „unzufrieden“ gemacht werden, deshalb die bekannte „ober-schlesische Praxis“ gegenüber den Arbeiteragitatoren. Grabesstille soll in den Gefilden herrschen, „Revolten“ werden niedergedrückt, „Renitente“ mit „schwarzen Listen“ zum Lande hinausgebracht, wobei bekanntlich der Herr Graf Ballestrem sich durch seine Verwaltungen auch betheiligte. Das hindert natürlich keinen „christlichen Sozialpolitiker“ des Zentrums, mit „hoher Verehrung“ zu dem geschätzten Herrn Grafen aufzublicken. Worüber im Westdeutschland großes Geschrei erhoben wird, bleibt in Oberschlesien todtgeschwiegen, da es zur „höheren Ehre und Festigung der Partei“ dient. Vor den Parteinothwendigkeiten kapitulieren die Hitze, Prieger, Giesberts und Genossen, und blasen, um mit Wieber zu reden, „zum Rückzug von der gewerkschaftlichen Neutralität“, die den Deutschen ja stets ein Greuel war.

Oberschlesien könnte und müßte das Probitland ultramontaner Sozialpolitik sein. Hier könnte man zeigen, wie man praktisches Christenthum ausfaßt. Hier sehen wir aber, wie grundhehlich jene Sozialpolitiker es mit der „Hebung der Arbeiterlage“ meinen. O. H.

Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein.\*

Die Krone der Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen sind wohl die „uneigennütigen“ Kassen-Einrichtungen, wie Krankenkasse, Krankenunterstützungskasse und Pensionskasse. Die Krankenkasse untersteht den Bestimmungen des § 60 des Krankenversicherungsgesetzes und leistet die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen. Die Kasse ist für versicherungspflichtige Beschäftigte eine obligatorische. Nach § 26 des Kassenstatuts können und werden auch Kassenmitglieder in die Verwaltung gewählt und zwar können vier Personen gewählt werden. Von der Firma werden außerdem zwei Personen in den Vorstand ernannt und eine dieser ernannten Personen „wird von der Firma als Vorsitzender bestellt“. Der Kassenführer hat, wenn er nicht von der Firma als Mitglied des Vorstandes ernannt wird, keine beschließende Stimme im Vorstand. „Bei allen Rechtsgeschäften und Erklärungen vertritt der (von der Firma bestellte) Vorsitzende den Vorstand nach außen.“ Den erkrankten Mitgliedern bleibt die Wahl unter den verschiedenen Kassenärzten überlassen. Der Vorstand ist aber berechtigt, in einzelnen Fällen die Behandlung durch bestimmte Ärzte vorzuschreiben, sowie bestimmte Krankheiten allgemein an Spezialärzte zu verweisen.

Die Beiträge zur Krankenkasse betragen 1,95 Prozent des Arbeitsverdienstes, soweit derselbe 4 Mk. für den Arbeitstag nicht übersteigt. Die Firma leistet das gesetzlich bestimmte eine Drittel der Beiträge. Zur Generalversammlung soll auf je 200 Kassenmitglieder ein Vertreter gewählt werden. In der Generalversammlung führt jeder Vertreter der Kassenmitglieder eine Stimme. Die Vertreter der Firma führen zusammen für je 400 in der Fabrik beschäftigte Kassenmitglieder, für welche die Firma ein Drittel des Kassenbeitrages aus eigenen Mitteln leistet, eine Stimme, jedoch nicht mehr als die Hälfte der Stimmen sämtlicher von Kassenmitgliedern gewählten Vertreter.

Aus diesen einzelnen Beispielen aus dem Statut der Krupp'schen Krankenkasse geht schon hervor, daß keine Ursache vorhanden ist, etwa diese Einrichtung über das Wohlthun zu loben; denn es wird nicht mehr gegeben, als gesetzlich vorgehoben ist. Trotzdem die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung haben, können sie keinen ausschlaggebenden Einfluß auf diese ausüben, da den vier Vorstandsmitgliedern der Kassenmitglieder, die von der Firma ernannt sind, hauptsächlich der von der Firma bestellte Vorsitzende gegenüberstehen, die weitgehende Machtbefugnisse haben. Würden die Arbeitervertreter nun auch den Rath und die Energie besitzen und des öfteren für durchgreifende Verbesserungen u. dergl. eintreten, so würden sie sich bald lästig machen und es würden sich Mittel und Wege zur Genüge finden, diese Quälgeister los zu werden. Diese Möglichkeit allein genügt schon, um diejenige Thätigkeitseinstellung, wie sie in einem solchen Verwaltungskörper notwendig wäre, zu erschweren und zu verhindern.

Auch die Leistungen dieser Kasse sind nicht gerade glänzende zu nennen. Im Falle der Erweiterungsfähigkeit

\* Beigl. Nr. 48.

wird vom dritten Tage der Erkrankung an für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in der Höhe der Hälfte des feststehenden oder bei wechselländem Verdienste, des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes, soweit dieser vier Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt, gewährt. Daß dies bei Löhnen von drei Mark und unter drei Mark, wie sie größtenteils bezogen werden, ein nicht auskömmliches Krankengeld ist, steht fest.

Dies mag auch von der Firma Krupp empfunden worden sein und um diesem Mangel abzuweichen, hat man außer der Krankenkasse noch eine „Kranken-Unterstützungskasse“ geschaffen, zu deren freiwilliger Mitgliedschaft sich die Mitglieder der obligatorischen Krankenkasse melden können. Die Geschäftsführung dieser Kasse liegt in den Händen des Vorstandes der obligatorischen Krankenkasse. Die Unterstützungsabteilung aus dieser Kasse ist dem Vorstand überlassen, seinem freien Ermessen anheim gestellt.

Die Beitragsleistung der Mitglieder beträgt zur Zeit 0,4 Prozent des Arbeitsverdienstes, soweit derselbe 4 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt.

Für die eventuellen Leistungen der Kasse ist maßgebend der auch das Krankengeld bestimmende Lohn, und wird ein „Zusatzkrankengeld für Verheiratete oder verwitwete Mitglieder im Betrage von 5 Prozent pro Kind unter 15 Jahren ohne Verdienst bis zu 16 2/3 Prozent“ gewährt.

Ferner wird eine Verlängerung der Verpflegungsfrist bis zu 13 Wochen gewährt, wenn das Mitglied am Tage der Erkrankung mindestens 5 Jahre bei der Firma beschäftigt war. Diese Verlängerung der Verpflegungsfrist kann auch gewährt werden bei Mitgliedern, die eine kürzere Zeit als 5 Jahre bei der Firma in Beschäftigung standen, wenn der Arzt innerhalb dieser Frist eine vollständige Genesung erhofft und der Vorstand diese Verlängerung der Verpflegungsfrist für angemessen erachtet.

Weiter kann nach dem Statut dieser Kasse freie ärztliche Behandlung und Arznei bis zu einem Jahre gewährt werden, wenn die Firma auf ihre Kosten das Krankengeld weiter bewilligt. Da aber dies alles im freien „Ermessen“ des Vorstandes und der Firma liegt, soll von diesen Vergünstigungen selten Gebrauch gemacht werden.

Wie aus diesen sich streng an die Statuten der betreffenden Kassenrichtungen haltenden Ausführungen zu ersehen ist, sind die gewährten wohlthätigen Leistungen sehr fragamentarische, die nur zu sehr von der Kunst, oder im Sinne des Statuts zu sprechen: von dem Ermessen des Vorstandes abhängen. Unzählige von den Arbeitern gewählte Vertreter, die das in sie gesetzte Vertrauen auch zu rechtfertigen suchten, sollen (nach Aussage langjähriger bei der Firma beschäftigter Arbeiter) ohne alle Ursache entlassen worden sein, so daß es jetzt als fast selbstverständlich gilt, daß gegen die Maßnahmen der Firma kein Widerstand geleistet wird. Es herrscht der Patriarchalismus, wie nur das spekulativste Unternehmertum ihn sich träumen kann. Nur eines festlieh noch, und das ist: gänzliche Abschließung der Krupp'schen Arbeiter von der anderen Bevölkerung, was allerdings jetzt nicht mehr möglich ist, weil die fortwährende Vergrößerung und Entwicklung des Betriebes die abschließungsmöglichen Grenzen überschritten hat.

Die Perle in der Krone der Krupp'schen Wohlfahrts-Einrichtungen und das beste Erziehungsmittel, ein Muster der Arbeiterpädagogik, ist unrichtig die Krupp'sche Pensionkassette. Mit dieser Einrichtung ist für die Krupp'schen Arbeiter die soziale Frage gelöst, und die Firma hat sich damit einen Stamm geduliger, friedlicher, deboter Arbeiter erworben, die Alles über sich ergehen lassen, um ihrer eventuellen Pensionierung nicht verlustig zu gehen.

Jeder bei der Firma in Arbeit tretende Arbeiter ist vom Tage des Eintritts Mitglied der Pensionkasse und wird ihm am ersten Lohnstage des Jahres eines Jahresverdienstes, soweit dieser 4 Mark nicht übersteigt (durchschnittlich 6 Mk.), abgezogen.

Die Beiträge zur Pensionkasse betragen 2 1/2 Prozent des Arbeitsverdienstes, soweit er 6 1/2 Mark pro Arbeitstag nicht übersteigt, sie werden alle 14 Tage vom Lohne abgezogen. Die Firma leistet an Mitglieder, die 30 Jahre ununterbrochen in ihrem Dienste gestanden haben, oder 15 Jahre bei der schwereren Arbeit auf der Gussstahlfabrik verrichtet haben, eine Pension in der Höhe von 40 Prozent des Arbeitsverdienstes. Für jedes Dienstjahr, das jeder Versicherte über 20 Jahre thätig ist, steigt die Pension um 1 1/2 Prozent. Was über 4 Mark pro Tag verdient wird, kommt bei der Pensionberechnung nicht in Betracht, wohl aber bei der Beitragsleistung. Arbeiter, die eine besonders schwere Arbeit verrichten und mit 15 Jahren pensionsberechtigt werden, erhalten ebenfalls 40 Prozent des Arbeitsverdienstes.

„Darüber, ob ein Arbeiter besonders schwere Arbeit verrichtet hat und deshalb schon nach 15jähriger, statt nach 20jähriger Dienstzeit Anspruch auf Pension im Falle der Arbeitsunfähigkeit hat, entscheidet die Firma unter Zustimmung des Vorstandes.“

Bei Berechnung der Dienstzeit, die für die Pensionberechtigung in Frage kommt, wird nur die Dienstzeit in Anrechnung gebracht, während der der Arbeiter ununterbrochen im Dienste der Firma stand. Unterbrechungen durch Militärdienst werden gewöhnlich nicht als solche gerechnet, aber betreffs der Dauer der Wiederanmeldungsfrist usw. sind eine Anzahl Beschränkungen vorhanden, deren Regelung dem Ermessen des Vorstandes anheim gegeben ist.

Die Dienstzeit vor dem 16. Lebensjahre und diejenige, während der ein Mitglied krank war (wenn die Krankheit 13 Wochen im Jahr übersteigt usw.), wird nicht mit eingerechnet. Wird ein Arbeiter vor Ablauf seiner Dienstzeit unfähig zur Verrichtung der Arbeiten, zu denen er angenommen wurde, so erhält er Invalidenbeschäftigung. Die Zeit, während der er diese Beschäftigung ausübt, wird der Dienstzeit nicht anzurechnet, oder es steht wieder im Ermessen des Vorstandes usw. So kann es und ist es wiederholt vorgekommen, daß eine Pensionberechtigung überhaupt nicht eintritt.

Auch die Gewährung der Pension für die Hinterbliebenen bezugsberechtigter Mitglieder ist einer Anzahl Verhältnisse anheim gestellt. Wenn Altes „Kapp“, erhält die Witwe 30 Proz. der Pension des Ehemanns, die Kinder bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahr 10 Proz. und wenn sie unterlos sind, 15 Proz. der Pension ihres Vaters. Stirbt der Vater vor Ablauf seiner Dienstzeit,

so gehen Wittwen und Waisen leer aus, oder es liegt im Ermessen des Vorstandes... Die Pensionierung endlich kann erfolgen auf Antrag des Mitgliedes und wenn das Gutachten von mindestens zwei Ärzten vollaftändige Arbeitsunfähigkeit konstatirt. Die Pensionierung kann vom Vorstande auf Lebenszeit oder auf eine bestimmte Zeit ausgesprochen werden. Nimmt der Vorstand an, daß ein schon pensioniertes Mitglied sich so weit erholt hat, um wieder arbeitsfähig zu sein, so kann er eine ärztliche Untersuchung anordnen und kann der Pensionierte zur Rückkehr zur Arbeit veranlaßt werden. Im Weigerungsfalle geht er seiner Pension verlustig.

Wird ein Mitglied der Pensionkasse entlassen, so erlöschen alle seine Ansprüche; im Falle des Wiederarbeitens kann auf Antrag die frühere Mitgliedschaft mit angerechnet werden. Dies kann aber nur denjenigen gewährt werden, die nur wegen Mangel an Arbeit entlassen wurden. Bei Selbstkündigungen oder Entlassungen aus anderen Gründen geht jeder Anspruch auf die vorhergegangene Mitgliedschaft verloren.

Der Ansprüche auf Pension gehen ferner verlustig die Arbeiter, die ihre Arbeitsunfähigkeit „durch grobe Schuld“, „durch vorläufige Verletzung“ usw. sich zugezogen haben. Ferner auch im Ganzen emer Pension stehenden Personen, die einen unmoralischen Lebenswandel führen oder dem Trunke ergeben sind; weiter auch diejenigen, die anderweitige Beschäftigung verrichten, bei der sie täglich 1 Mark verdienen und dazu keine „Zustimmung“ des Kassenvorstandes haben.

Also von den Arbeitern, die, nachdem sie von zwei Ärzten wiederholt auf das genaueste auf ihre gänzliche Arbeitsunfähigkeit untersucht und dahingehend befunden wurden, jetzt man voraus, daß sie dann hingehen und ihre Pensionsgelder verschleimen, einen unmoralischen Lebenswandel führen, sich dem Trunke, dem Fraß und der Wöllerei ergeben! Welche Unsummen von Pensionsgeldern müßten ihnen da zur Verfügung stehen! Aber auch diejenigen, die ohne Zustimmung oder Ermessen des Vorstandes noch eine Mark pro Tag verdienen, sollen der Pension verlustig gehen. Wenn man jemanden hängen will, findet sich ein Strick!

Wie sehr die Firma die Interessen der Pensionisten (aber nicht der Pensionberechtigten) zu wahren sucht, geht aus dem Bestreben hervor, im Kassenvorstand immer mehr Einfluß sich anzueignen. Während früher der Pensionisten-Vorstand so zusammengesetzt war wie der Krankenkassen-Vorstand, daß zwei Vertreter von der Firma ernannt und vier von den Mitgliedern gewählt werden konnten, hat man seitherzeit, als die Firma genötigt war, höhere Beiträge zur Kasse zu leisten, einen Nachtrag im § 42 des Pensionistenstatuts geschaffen, in dem es heißt: „daß fernerhin der Vorstand aus 5 Personen besteht, und 4 Vorstandsmitglieder von der Firma ernannt und 1 von den Kassensmitgliedern gewählt werden.“ Daß ein Ausfluß der Wohlthätigkeitsbestrebung dies veranlaßt, wird man wohl keinem der Krupp'schen Arbeiter glaubhaft machen.

So steht es um die viel gepriesenen Wohlfahrts-Einrichtungen im Reich des Kanonenkönigs. Man darf nicht etwa annehmen, daß die Krupp'schen Arbeiter nicht wissen, wie es bestellt ist; spricht man mit einem von ihnen und er getraut sich die Wahrheit zu sagen, dann hört man Worte der Kritik zur Genüge, aber die Jurist, seiner eventuellen Rechte verlustig zu gehen und die eingezahlten Gelder mit zu verlieren, schließt ihm den Mund und läßt ihn seine Menschenwürde vergessen. Welche Unsummen Geldes in die Kassen fließen, ohne je für die Bezahler ein Äquivalent zu bieten, zeigen uns die massenhaften Entlassungen, die für die dadurch betroffenen Arbeiter nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch den Verlust der oft langjährig eingezahlten Beiträge bedeuten. Denn nur selten werden sie der Gnade theilhaftig, mit Aussicht auf die alten Rechte wieder angenommen zu werden. Gerade in der Zeit der Krise versuchte man auch sein Schnittchen zu machen, es wurden tausende von Arbeitern entlassen (trotzdem Arbeitsmangel nicht vorhanden) und fanden sogenannte „Lohnregulierungen“ statt. Es wurden allerdings auch Arbeiter wieder eingestellt, ja viele leicht in demselben Maßstabe als Entlassungen stattgefunden hatten. Die eingestellten Arbeiter hatten alle wieder außer den Leistungen für Krankentafeln usw. auch die obligaten 6 Mark für die Pensionkasse zu entrichten. Bei der nächsten Gelegenheit sind sie der Gefahr ausgesetzt, wieder hinauszufliegen, und für die Ehre bei der Firma Krupp gearbeitet und eine Zeitlang der Pensionkasse angehört zu haben, waren sie gezwungen, ihr Eherschmuck auf dem Altar der Pensionkasse zu opfern.

Je näher man diese kapitalistischen Wohlfahrts-Einrichtungen betrachtet, je mehr kommt man zu der Ansicht, daß sie eher gemeinschädlich als gemeinwohlfördernd wirken. Mag auch der Gründer dieser Einrichtungen von dem Geiste, das Gemeinwohl zu fördern, ausgegangen sein; es hat sich aber gezeigt, daß dies nicht nur nicht erreicht wurde, sondern zum Bösen ausartet. Ueherlicher Ansicht mag auch der Späbel gemeiner sein, der seitherzeit den am Krupp'schen Demoralisations-Espruch im Dunkel der Nacht abänderte, so daß am nächsten Morgen statt: „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein“ zu lesen war: „Der Zweck der Arbeit soll... mein Wohl sein.“ K. M.

### Die deutsche Gold- und Silberwaarenbranche und der Zolltarif!

Wenn irgendwo in der Welt eine politische oder wirtschaftliche Krise ausbricht, so fühlt das am ersten der Goldschmied. Es ist das sehr natürlich, denn wenn die Kulturvölker aus irgend welchem Grunde die Befriedigung ihrer Bedürfnisse reduzieren müssen, so beginnen sie beim Schmied. Dies beweist am besten der schleppende Geschäftsgang der beiden letzten Jahre. Zunächst war es der Burenkrieg, der im Jahre 1900 lähmend auf den Export wirkte, dann folgte der Afrika-Feldzug, zu dem sich noch die Anfänge einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise einstellten, lauter Ereignisse, die bewirkten, daß am Schluß des Jahres die gesamte Schmuckwaarenindustrie — mit wenigen Ausnahmen — darniederliegt. Daß bis jetzt größere Arbeiterentlassungen noch nicht stattgefunden

haben, dafür ist der Grund darin zu suchen, daß die Fabrikanten immer noch auf ein gutes Welnachgekauft hoffen. Aber es liegt uns doch allen die bange Frage auf den Lippen: was soll, wenn es nicht besser werden sollte — was wir befürchten —, ja wenn es schlechter würde, aus uns werden?

Es ist daher begreiflich, daß die Edelmetallindustrie weit mehr wie die meisten anderen Industriezweige am Abschluß günstiger, langfristiger Handelsverträge interessiert ist. Laut Bericht der Handelskammer in Pforzheim belief sich die Ausfuhr im Jahre 1900 auf 80 Millionen Mark. Mit anderen Worten: die deutsche Gold- und Silberwaarenbranche ist mit zwei Dritteln der Gesamtproduktion auf den Export angewiesen. Nun sind es hauptsächlich die Staaten, die die besten Abnehmer unserer Branche sind, wie Oesterreich-Ungarn, Italien, Rußland, Argentinien, die durch die unerhört hohen Bölle auf Lebensmittel besonders schwer getroffen wurden und die als Antwort hierauf ihrerseits unsere Erzeugnisse mit so hohen Einfuhrzöllen belasteten, daß es für uns ferner unmöglich wäre, gegenüber der schon ohnehin starken Konkurrenz noch aufkommen zu können.

Dazu kommt noch ein Weiteres. Tritt der neue Zolltarif ins Leben, so folgt ein bedeutender wirtschaftlicher Niedergang, die Kaufkraft der 40 Millionen Menschen, die in Deutschland von Handel und Industrie abhängig sind, wird so bedeutend vermindert, namentlich das Gros derselben, die Arbeiterbevölkerung auf ein tieferes Niveau herabgedrückt, so daß auch der Absatz an Schmuckwaaren in eigenen Lande gewaltig zurückgehen würde. Außerdem würde die Verschließung des Weltmarktes eine Ueberflutung des inländischen Marktes herbeiführen, was eine noch nie dagewesene Preisdrückeret zur Folge hätte und einen Vernichtungskampf der deutschen Edelmetall-Industrie bedeutet. Um den neuen Zolltarif den Interessenten mündgerecht zu machen, sind im 16. Abschnitt unter der Rubrik „Edle Metalle und Waaren daraus“ in den Tarifpositionen 789 bis einschl. 776 in der Position 771 „Waaren, ganz oder theilweise aus Gold“ zum Satz von 500 Mk. für unpolirte, 800 Mk. für polirte Waaren aufgeführt. Der bisherige Tarifsaß beträgt für polirte wie unpolirte Waaren 800 Mark, so daß eine ganz bedeutende Erhöhung geplant ist.

Braucht aber unsere Industrie für Schmuckwaaren eine solche Zollserhöhung? Nein, denn es liegt nur zu klar auf der Hand, daß für eine Branche, die im Stande ist, es mit der ausländischen Konkurrenz im eigenen Lande aufzunehmen, ein Zollschutz überflüssig ist; ja ihr nur zum Schaden sein kann. Daß auch unter den Fabrikanten gleiche Meinung herrscht, zeigt ein Artikel im „Rosa“, internationalen Fachorgan der Bijouterie-, Juwelen- und Uhrenbranche, in welchem es heißt: „Welchen Nutzen demgegenüber die unserer Industrie zugebachten Zollsaße auf Auslandsfabrikate haben sollen, vermögen wir nicht einzusehen; wir danken vielmehr für diese Erhöhungen, die uns absolut nichts nützen, deren wir auch keineswegs bedürfen. Oder will man uns mit diesen höchst überflüssigen Böllen dafür entschädigen, daß uns der Weltmarkt verschlossen, daß unseren Arbeiterfamilien die Lebenshaltung verteuert ist? Gerne, sehr gerne verzichten wir auf die erhöhten Schutzzölle — denn sie sind einzig dazu geeignet, Repressalien unserer Auslandskonkurrenten wahrzunehmen und zu verschärfen und den Abschluß günstiger Handelsverträge zu vereteln!“

Wie wahr obige Ausführungen sind, zeigt das Verhalten unserer Konkurrenten in Oesterreich, die schon seit einer Reihe von Jahren ihre Regierung mit Petitionen befürmen, die Zollsaße auf deutsche Bijouterien zu erhöhen, ebenso die Konzessionskosten. Neue Nachtrag für diese Bestrebungen bringt der deutsche Zolltarif, der Oesterreich-Ungarn als bedeutenden Getreideproduzenten ganz besonders schädigen würde. In einem Bericht der Wiener Handelskammer, der im Juli d. J. erschien, ist u. A. bemerkt: „Allgemein wird eine Erhöhung des gegenwärtigen, vollständig ungenügenden Zollschutzes als die unerläßliche Vorbedingung einer günstigeren Entwicklung unserer Gold- und Silberwaarenindustrie bezeichnet“ usw. Im Hinblick darauf, daß im Jahre 1900 Pforzheim allein für 7.000.000 Mk. nach Oesterreich lieferte, zeigt es sich deutlich, welche Gefahr unserer Branche droht, im Falle der Gesetzgebung dieser Bestrebungen. Ueherlich liegen die Verhältnisse auch in den anderen Staaten. Aber es sind außer den Arbeitern und Fabrikanten im Allgemeinen auch eine Anzahl Städte — die Zentren der Gold- und Silberwaarenindustrie wie Pforzheim, Gmünd, Hanau — die ganz besonders an einer glücklichen Lösung der Zolltarifsfrage interessiert sind, indem deren ganzer Etat aufgebaut ist auf der blühenden Weiterentwicklung der Gold- und Silberwaarenindustrie. Sollte dieser Zolltarif Gesetz werden, so wäre der Ruin unserer Branche unausbleiblich, die Folge wäre: die Einnahmen dieser Städte gingen ganz enorm zurück, andererseits würden eine Menge Arbeitsloser die Armenlasten kolossal steigern.

Daß die Befürchtungen, die wir hier ausgesprochen, nicht etwa übertrieben, oder, wie die „nothleidenden“ Agrarier mit Vorliebe behaupten, „sozialdemokratische Erfindungen“ sind, beweisen am besten die zahlreichen Proteste aus Kreisen, die sicherlich nicht revolutionären Tendenzen huldigen. Davon mögen nachfolgende Proben zeugen. Der zweite Verbandstag der deutschen Gold- und Silberwaarenindustrie (Fabrikanten, in der Mehrheit Detailisten), der im August d. J. in Stuttgart tagte, nahm nach einem Referat von Faber (Gmünd) eine Resolution an, die sich entschieden gegen den Zolltarif wendet, ferner haben die Handelskammern von Pforzheim, Gmünd und Hanau ihren zuständigen Regierungen in umgebendiger Weise zu verstehen gegeben, daß sie von dem Zolltarif nichts wissen wollen. Eine am 20. September in Pforzheim stattgehabte Protestversammlung nahm folgende Resolution an: „Die heute im schmerzlichen Alder tagende aus allen Schichten der Bevölkerung überaus zahlreich besuchte Versammlung spricht sich entschieden gegen den neuen Zolltarif aus, da er nur die Erneuerung der Handelsverträge gefährden und die Vernichtung unserer exportierenden Industrie zweifellos herbeiführen würde. Sie protestirt gegen die geplanten Zollserhöhungen und namentlich gegen die Einführung der Bölle auf Lebensmittel und Rohmaterialien, durch welche gerade der ärmere Theil der Bevölkerung be-

Leist und auch die Mehrheit der Landwirthe geschädigt würde. Es dürfte sich wohl erübrigen, nach den vorher gemachten Ausführungen die Wirkungen des Zolltarifs auf die Gesellschaft ausführlich zu schildern, sie lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen: Arbeitslosigkeit, Noth, Hunger, Entbehrungen aller Art.

Daher ist es Pflicht aller in der Edelmetallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, überall wo sie Gelegenheit haben, die Protestbewegung gegen den Zolltarif energisch zu unterstützen, in Versammlungen auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen, die uns noch fernstehenden Kollegen für den Metallarbeiter-Berband zu gewinnen suchen, und Hand in Hand mit allen organisierten Arbeitern den Kampf aufzunehmen mit der Devise: „Nieder mit dem Zolltarif!“

A. O f f e r = Stuttgart.

Die Arbeitslosigkeit

nimmt immer größeren Umfang an, wie die in den letzten Wochen angestellten statistischen Aufnahmen in mehreren größeren Städten aufweisen. Nach Schätzung von kompetenter Seite belief sich die Zahl der Arbeitslosen allein in Berlin ohne Vororte am 1. Oktober auf 50,000. Der Andrang zu den Arbeitsnachweisen ist in Folge dessen ein überaus starker. Nach dem „Arbeitsmarkt“ kamen im Januar 1900 auf 100 offene Stellen 182 Arbeitsuchende, im Januar 1901 bereits 229 und diese Zahl der Arbeitsuchenden ist ständig gewachsen, so daß das Mißverhältnis zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage immer größer wurde. Eine umfassende Statistik ist von der Berliner Gewerkschaftskommission gemacht worden. Diese hat die Zahlen der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zusammengefaßt, und zwar nach den größeren Industrie-Gruppen. Die Tabelle gestattet für jede Industrie-Gruppe einen Vergleich zwischen den Angebotsziffern für jeden Monat der beiden Jahre. Wir müssen uns begnügen, die Gesamtziffern wiederzugeben. Danach kamen auf 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

Table with 3 columns: Month, 1900, 1901. Rows: Januar (230/394), Februar (223/346), März (160/229), April (136/190), Mai (140/294), Juni (177/307), Juli (145/278), August (148/262), September (139/194), Oktober (180/220).

Die Metallindustrie zeigt ein besonders starkes Wachsen der Arbeitslosigkeit. Bei sehr ungünstigen Ziffern bereits im Jahre 1900 ist eine weitere bedeutende Steigerung des Angebots von Arbeitskräften eingetreten. Auf 100 offene Stellen kamen in den ersten zehn Monaten Arbeitsuchende: 1900: 243 160 210 139 144 172 153 146 178 252 1901: 443 413 325 350 368 351 270 258 265 303

Nun hat die Berliner Verwaltung unserer Organisation kürzlich eine Erhebung über den Rückgang der Arbeiterzahl in der Berliner Metallindustrie veranstaltet und aus 417 Betrieben (darunter die bedeutendsten) von etwa 3000 Auskunft erhalten. Von 57 der bekanntesten Firmen — Eisengießerei und Maschinenbau, elektrische Industrie — veröffentlicht der „Vorwärts“ die Resultate, woraus sich ergibt, daß bei diesen 57 Firmen die Arbeiterzahl von 26,273 im Oktober 1900 auf 15,390 im Oktober 1901 gesunken ist, also 10,883 Arbeiter weniger beschäftigt werden. Dazu kommt noch, daß, wie sich aus den Bemerkungen ergibt, theils eine Reduktion der Arbeitsstunden (bis 4 pro Tag!) theils eine zeitweise Schließung des Geschäftes eingetreten ist, oder daß „ausgeleert“ werden muß.

Die Resultate aus den übrigen Betrieben der Metallindustrie, welche an der Erhebung theilgenommen sind, ergaben folgendes Bild:

Table with 2 columns: Date, Persons. Rows: In 222 Betrieben: am 1. Oktober 1900: 15,190 Personen; am 1. Oktober 1901: 11,977 Personen; weniger: 3,213 Personen. In 138 Betrieben: am 1. Oktober 1900: 6,453 Personen; am 1. Oktober 1901: 7,476 Personen; mehr: 1,023 Personen.

Die zuletzt aufgeführten 138 Betriebe, welche eine Zunahme an Arbeitern verzeichnen, gehören der Brauereiwirtschaft an. Sie haben bis zum Juli dieses Jahres in der Regel nur 5 bis 7 Stunden täglich gearbeitet. Zur Zeit wird das Geschäft vorzugsweise durch die Herstellung von Weihnachtsartikeln etwas belebt, und daraus erklärt sich die augenblickliche Zunahme der Arbeiterzahl. Diese günstigeren Verhältnisse in der Brauereiwirtschaft ist aber nur eine vorübergehende. Sie hält erfahrungsgemäß bis höchstens Mitte Dezember an, um dann wieder plötzlich zu fallen.

Das Gesamtergebnis der von Metallarbeiter-Berband in Berlin veranstalteten Erhebungen ist das: In 417 Betrieben waren am 1. Oktober 1900 47,916 Personen beschäftigt, am 1. Oktober 1901 dagegen 34,343, also 13,073 weniger als ein Jahr zuvor. Und die Arbeiter, welche noch beschäftigt werden, arbeiten zum Theil längere Zeit und haben geringeren Verdienst als sonst.

Nach dem „Arbeitsmarkt“ stehen weitere Entlassungen in der Metallindustrie bevor. Dieses Organ schreibt in seiner Nr. 4 (1901):

Die Preispolitik der großen Syndikate im Bergbau und Hüttenwesen hat auf alle Zweige des Metall- und Maschinenwesens äußerst verheerend eingewirkt. Nur ganz vereinzelt hört man, daß einzelne Werke noch gut beschäftigt sind. So haben einige Werke in und bei Düsseldorf augenblicklich einen ganz ausnahmsweise guten Geschäftsgang. Bei der Firma Herold & Co. wurde kürzlich von Paris aus eine Bestellung von 100 Automobilen für den Preis von 500,000 Mark gemacht. Die Firma konnte daraufhin 90 Leute neu einstellen. In Düsseldorf sind so wichtige Aufträge vorhanden, daß Überbeschäftigung gemacht

werden müssen. Diese günstigen Ausnahmen sind aber ganz selten. Im Großen und Ganzen ist der Beschäftigungsgrad überaus schwach. Der Verein der Märkischen Kleinmetallindustrie in Hagen konstatiert eine schwere Gefährdung des gesammten Kleinmetallgewerbes als Folge der Preispolitik der Kohlenproduzenten. Durch die starke Vermehrung der Ausfuhr von Rohstoffen und Halberzeugnissen nach dem Auslande zu weit billigeren als den inländischen Preisen wird die Ausfuhr der deutschen Fertigerzeugnisse gänzlich unterbunden, da die Konkurrenzwerke im Auslande infolge des billigeren deutschen Rohstoffes im Stande sind, jeden deutschen Wettbewerb zu unterbieten.

Als Folge der Krise macht sich ein starker Rückgang der Löhne bemerkbar. Nach einer von der Leipziger Organisation der Metallarbeiter veranstalteten Erhebung, die sich auf 49 Betriebe erstreckte, sind sowohl die Stundenlöhne als auch die Akkordlöhne zurückgegangen. Stundenlohnabzüge wurden in 3 Betrieben zwischen 1 und 13 Pfg. vorgenommen. Akkordabzüge sind in 17 Betrieben zu verzeichnen und zwar in Höhe von 5 bis zu 50 Prozent. In 7 Betrieben konnte die Höhe der Abzüge nicht festgestellt werden, während aus 25 Betrieben Abzüge nicht gemeldet wurden. Der Durchschnittsverdienst betrug pro Woche im Jahre 1900 26, gegenwärtig 23 Mark. Gleichzeitig wurde auch festgestellt, daß infolge von Entlassungen der Arbeiterbestand sich schon erheblich vermindert hat. Die 49 Betriebe beschäftigten im Jahre 1900 8515, in diesem Jahre aber nur 7005 Arbeiter, so daß 1510 Arbeiter abgegangen sind.

Weitere Entlassungen im Metall- u. Maschinen-gewerbe stehen für die nächste Zeit bevor. Um der dadurch entstehenden Vermehrung der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, hat die Braunschweiger Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Verband Braunschweiger Metallindustrieller das Ersuchen gerichtet, an Stelle weiterer Maschinenentlassungen eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende allgemeine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit in den von der Krise betroffenen Betrieben eintreten zu lassen. Der Arbeitgeberverband hat in seiner am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung dem Wunsch der Arbeiter entsprechend beschlossen. (Hierüber berichteten wir bereits in einer früheren Nummer unserer Organe). Er hält die allgemeine Verkürzung als im beiderseitigen Interesse liegend und hat seinen Mitgliedern empfohlen, den Beschluß zur Ausführung zu bringen. In der That haben auch bereits einige Betriebe die Arbeitszeit schon verkürzt, während bei andern die Verkürzung bevorsteht. Vielleicht empfiehlt sich für Berlin, wo die Arbeitgeber im Metall- und Maschinengewerbe zur Zeit eine Umfrage über die Lage des Arbeitsmarktes veranstalten, um auf Grund der gewonnenen Ergebnisse weitere Maßregeln zu treffen, das Beispiel der Braunschweiger Metallindustriellen. Unbefriedigend bleibt noch das Geschäft in der Elektrizitäts-Industrie.

Das sind keine erfreulichen Ausblicke. Viele unserer arbeitslosen Kollegen glauben nun im Auslande eher Arbeit zu finden — wie andererseits viele Ausländer nach Deutschland kommen — und doch stehen ihnen nur neue Enttäuschungen bevor. In Holland, Belgien, Frankreich, der Schweiz, Desterreich, überall gibt es massenhaft Arbeitslose. Groß ist die Arbeitslosigkeit besonders in den industriereichen Nordböhmern. Wir können daher unsern Kollegen vom Auswandern nur abrathen. Die „Premier“-Fahrradwerke in Gzer, die über 200 Arbeiter beschäftigten, weisen schon längere Zeit einen Arbeiterstand von 60 Personen auf. Die „Austria“-Fahrradwerke in Danzig sollen in kürzester Zeit gänzlich eingestellt werden, die „Stefanie“-Fahrradwerke in Reichenberg haben schon im Vorjahre den Arbeiterstand stark eingeschränkt, in den Fahrradwerken Köppler und Jauernigg wird ebenfalls über Arbeitsmangel geklagt. Die nordböhmische Beschäftigungssituation steht schon seit dem vorigen Jahre. Die Beschäftigung in G. U. Köppler in Georgwalde, die in normalen Zeiten 140 Arbeiter beschäftigt, hat seit Februar l. J. mehr als 60 Arbeiter entlassen und wird in diesem Betriebe abendwärts noch bloß fünf Tage zu neun Stunden gearbeitet. Der Verdienst ist bis unter zehn Kronen pro Woche herabgesunken. Die Firma Thiele in Rumburg beschäftigt gewöhnlich 60 Arbeiter, heute sind dort bloß 25 Mann, die bei fünfstündiger Wochenarbeitszeit zu 8 Stunden einen Höchstverdienst von 8 bis 10 Kronen aufzuweisen haben. Nicht besser sieht es in allen übrigen auf Territorien arbeitenden Firmen, was wieder einen Rückschlag auf die für dieselben arbeitenden Schlingenscherren ausübt, so zum Beispiel die Firma J. G. Niedemann in Georgwalde, die seit Mai l. J. von 150 auf 100 Mann und die Arbeitszeit auf 9 Stunden reduzierte, wobei die Löhne von 25 Kronen pro Woche auf 15 Kronen gesunken sind. Also hier dasselbe Bild wie in Deutschland.

Mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur ist es auf Jahre hinaus vorbei, und wenn zufälliger und lokaler Beschäftigung halber da oder dort die Krise noch nicht so sehr empfindbar wird, nur zu bald wird sie mit ihrer ganzen Wuth auf den Arbeitern laßen.

Sich weihen veranstalten die Regierungen und Behörden ja Enquetes, aber nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Unternehmern. Was bei dieser Methode herauskommt, das wissen wir ja; allenfalls werden sauber ausgearbeitete Tabellen irgendwo in Archiven niedergelegt, oder auch man geht so weit, durch „Notstandsarbeiten“ eine kleine Zahl von Arbeitslosen zu möglichst niedrigem Lohn zu beschäftigen. Wüßten wir nicht, wie sich die Behörden zu solchen öffentlichen Skandalen stellen, wir hätten es vom preussischen Oberpräsidenten v. Bülow erfahren können. Vertraulich befragt er sich in Halle a. S. vor einem solennen Notstandsrathe mit seinen Beamten und Vertretern der Großunternehmer über die vorzunehmenden Erhebungen. Vertraulich — damit die Arbeiter sich nicht zu großen Hoffnungen über die ihnen zu Theil werdende Hilfe hingeben!

So wird der Arbeiter also, wie immer, auch hier nur auf seine Kraft und auf die Macht seiner Organisation angewiesen sein. Die Gewerkschaften müssen von ihm gehalten werden, gerade in der Zeit der Krise, damit sie ihm Schutz bieten können gegen die Verjüngung des Unternehmertums, ihm die kleinen Errungenschaften der Prosperitätsperiode wieder zu entreißen.

Mittheilungen aus der Metallindustrie.

Auch die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften erzählen vielfach von der Krise, was theils in den nächstehenden Zahlen bestätigt wird. Phönix A.-G. für Bergbau und Güttenbetrieb hatte im verfloßenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 1,271,072 Mk. (im Vorjahr 5,079,361 Mk.) Dividende 4 Prozent (15 Prozent). Die Westfälische Drahtindustrie erzielte einen Reingewinn von 1,189,908 Mk. Dividende 10 Prozent. Die Nürnberger Victoria-Werke schließen mit einem Verlust von 190,618 Mk. ab. Im Vorjahre betrug der Verlust 188,989 Mk. Aus dem Reservecapital sollen 156,511 Mk. gedeckt werden. — Die amerikanische Waggonfabrik Pullmann & Co. erzielte im letzten Geschäftsjahre den größten Gewinn seit 1898. Die Brutto-Einnahmen erhöhten sich im Vergleich mit dem Vorjahre um 19,8 Prozent, die Netto-Einnahmen um 82,64 Prozent. Ingesamt stellt sich die Brutto-Einnahme des abgelaufenen Jahres auf 17,996,781 Dollar, die Netto-Einnahme auf 8,786,221 Dollar. Die Dividende beträgt 8 Prozent. — Die Berliner Aktiengesellschaft Eisengießerei und Maschinenfabrik in Charlottenburg hatte einen Bruttogewinn von 498,857 (866,968) Mk. Dividende 12 Prozent. — Die Süddeutsche Waggonfabrik in Kellterbach hat ihre Unterbilanz um 1,225,457 Mk. erhöht, so daß die gesammte Unterbilanz jetzt 1,847,227 Mk. beträgt. Die Hälfte des Aktienkapitals ist verloren. — Das Neuwalzewerk zu Bösperde in Westfalen schließt mit einem Verlustsaldo von 113,708 Mk., das aus dem Reservecapital gedeckt wird. Die Herkuleswerke in Nürnberg hatten einen Rohgewinn von 24,850 Mk. Dividende wird nicht vertheilt. — Die Maschinenfabrik Humboldt in Kalk bezieht den Rohgewinn auf 1,078,621 Mk. Dividende 6 Prozent (9 Prozent). — Die Wanderer-Fahrradwerke in Schönau erzielten 240,395 Mk. Reingewinn-Dividende 12 Prozent (6 Prozent). — Die Maschinenfabrik Gebr. Hammer in Reidenfels verzeichnet eine Unterbilanz von 524,000 Mk.

Die üble Lage der Eisenindustrie kommt in den Berichten selbst der großen Unternehmungen, die sich technisch durch eine überlegene Betriebsform abheben, stark zum Ausdruck. So schließt die Dortmunder Union, Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, mit einem so geringen Reingewinn, daß auf eine Vertheilung der Dividende verzichtet werden muß, während im Vorjahre 7 Prozent gezahlt wurden. Das schlechte Ergebnis ist auf die niedrigen Preise und den verminderten Absatz im letzten Jahre zurückzuführen. Daneben spielt aber auch das Syndikatswesen eine bedeutende Rolle, worüber der Bericht folgendes enthält:

Die Kohlen-Syndikate für Kohlen, Steinkohl, Erze etc. hatten ihre Preise zu guten Zeiten stark erhöht und Abschlässe für längere Dauer mit ihren Abnehmern bethätigt; die außerhalb der Syndikate stehenden Unternehmungen waren dem Beispiele rasch gefolgt. Das Kohlen-Syndikat war nicht in der Lage, den angemeldeten Bedarf der Werke an Steinkohlen zu beschaffen; es verminderte daher die Zuweisungen um 20 Prozent und erhöhte die Preise um 25 Prozent. Dem Steinkohl-Syndikat gelang es, bei seinen Abnehmern, die für das Jahr 1900 die Tonne mit 14 Mk. abgeschlossen hatten, bei dem Abschluß für 1901 einen Durchschnittspreis von 17 Mk. für beide Jahre durchzusetzen — es erhöhte also die Preise für 1901 auf 20 Mk. für die Tonne; — auch das Siegerländer Eisenstein-Syndikat verkaufte Erze nur für die Dauer des ganzen Jahres 1901 und zu erheblich erhöhten Preisen. Es war also der gesammte Bedarf der Eisen- und Stahlwerke an Rohstoffen für einen hochgespannten Betrieb zu hohen Preisen für das Jahr 1901 längst eingekauft, als Mitte 1900 der Rückschlag in der Eisenindustrie eintrat. — Um die Werke nothdürftig zu beschäftigen, mußten bald Auftragsgeschäfte zu Preisen übernommen werden, die bei den hohen Rohstoffpreisen die Selbstkosten nicht deckten, wenn auch ein Theil der Syndikate, besonders das Kohlen-Syndikat, durch Gewährung von Ausfuhrvergütungen der Abschluß solcher Geschäfte erleichtert hat. In weit größerem Umfange mußten aber von der Eisenindustrie den Abnehmern Erleichterungen in den verschiedensten Formen bewilligt werden, um ihnen die Unterbringung wenigstens eines Theiles der gelauften großen Mengen zu ermöglichen; besonders vom Träger- und Halbzug-Syndikat sind hierfür ganz erhebliche Summen bereitgestellt worden.

Obwohl auf dem Horster Werk der ältere reparaturbedürftige Hochofen I am 1. September 1900 niedergeblasen wurde und die dafür in Aussicht genommene Inbetriebsetzung des inzwischen fertiggestellten zweiten neuen Hochofens in Dortmund unerblieb, und am 1. November der ältere der beiden in Hentrichshütte betriebenen Hochofen ausgeblasen wurde, sammelten sich die Vorräthe an Rohstoffen so rasch an, daß auch der zweite Hochofen in Horst am 16. Februar 1901 außer Betrieb gesetzt werden mußte.

Die Zahl der Arbeiter ging von 12,412 im Juni des Vorjahres auf 9842 im Juni d. J. zurück. Aus der Bilanz der letzten sechs Jahre ist eine stetige Steigerung der Gewinne nachweisbar, die im letzten Jahre allerdings bedeutend reduziert wurde. Was in den letzten Jahren die Aktionäre einheimzten, ergibt folgende Zusammenstellung:

Table with 4 columns: Year, Bruttogewinn, Abschreibungen, Reingewinn. Rows: 1900/01 (6,083,064 / 3,073,203 / 172,927), 1899/00 (10,075,822 / 3,073,203 / 4,335,452), 1898/99 (6,848,451 / 2,008,414 / 2,571,564), 1897/98 (5,564,081 / 1,988,762 / 2,632,944), 1896/97 (6,504,737 / 2,021,803 / 2,045,747), 1895/96 (3,176,438 / 1,161,550 / 272,646).

Aus der diesjährigen Bilanz ergibt sich, daß die Staatsschulden jetzt die Höhe von 20,435,463 Mk. erreicht haben. Ferner haben sich die fribirgen Schulden um 5,624,500 Mk. vermehrt. Die Aufwendungen sind zum Theil durch Neubauten nothwendig geworden.

Eine Koalition gegen das Röhreisen-Syndikat. Durch erzeugt Gegebrud — das muß auch das Röhreisen-Syndikat erfahren. Mitte November, so schreibt die Industrie, waren in Düsseldorf über awanzig rheinisch-westfälische Werke versammelt, um über die Gründung einer Röhreisen-Einlaufs-Vereinigung zu berathen. Es handelt sich um alle Hersteller von Röhren, Stahl- und Thomaerisen, die, durch

die in dem letzten Jahre gemachten bitteren Erfahrungen be-  
wogen, sich zusammenschließen zu wollen, um gemeinsam  
ihre Interessen zu vertreten. Die Vereinigung wird, wenn  
ihre die Angebote des Syndikats nicht annehmbar erscheinen,  
Kohleisen im Ausland kaufen, so zwar, daß der Preisunter-  
schied von allen gemeinsam getragen wird. Auf diese Weise  
würde die Vereinigung im Notfall das Syndikat auch ein-  
mal kaltstellen können, und gerade darin liegt der Druck, den  
die Vereinigung gegen die Kohleisen-Verbände auszuführen  
vermag. Das überaus scharfe Vorgehen des Kohleisen-  
Syndikats in Düsseldorf hat diese Koalition der Abnehmer  
gegen dasselbe ins Leben gerufen, und die Vereinigung, die  
vom 1. Januar ab in Wirksamkeit treten soll, gilt als ge-  
sichert. Für das erste Jahresviertel 1902 würde dieselbe  
also für die Käufe für ihre Mitglieder besorgen, für jenen  
Zeitraum wird für manche Werke wieder Bedarf in Kohleisen  
vorhanden sein.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir den Mitgliedern des VII. Agi-  
tationsbezirks, bestehend aus den Regierungsbezirken Aachen,  
Düsseldorf und Köln der Rheinprovinz und den Regierungs-  
bezirken Arnberg und Münster der Provinz Westphalen zur  
Kenntnis, daß sich der Vorstand für die Befetzung des in  
Nr. 39-43 dieser Zeitung zur Bewerbung ausgeschriebenen  
Amtes eines Bezirksleiters für den Kollegen Karl Spiegel  
in Düsseldorf entschieden hat.

Die Amtstätigkeit des Bezirksleiters für den  
VII. Bezirk beginnt mit dem 1. Januar 1902.

Die Adresse des Bezirksleiters ist: Karl Spiegel, Düssel-  
dorf, Weicherstraße Nr. 8.

Die Verwaltungen und Bevollmächtigten werden  
ersucht, ihre Bestellungen auf **Metallarbeiter-Notiz-  
kalender pro 1902** umgehend zu bewerkstelligen, damit  
wir uns mit unseren Nachbestellungen so einrichten können,  
daß die Expedition keinen Verzug erleidet.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts  
wird den nachstehend aufgeführten Verwaltungen die  
Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Be-  
tracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis ge-  
bracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der  
Extrasteuern Entziehung statutarischer Rechte zur Folge  
haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Altdorf die Erhebung eines  
wöchentlichen Extrabeitrages von 5 Pf.

Ausgeschlossen aus dem Verbände wird nach § 3  
Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Mannheim,  
Sektion der Hausflößer: Der Schlosser Ludwig West-  
felder, geb. zu Neuzersfeld am 22. Januar 1874, Buch  
Nr. 137,895, wegen seines einem Verbandsmitgliede un-  
würdigen Betragens;

auf Antrag der Verwaltungsstelle Schwabach, Sektion  
der Feingoldschläger: der Feingoldschläger Konrad Defet,  
geb. zu Nürnberg am 28. März 1862, Buch Nr. 332,135,  
wegen Nichtbeachtung der verhängten Sperre; die Be-  
schneiderin Elise Roth, geb. zu Holzdorf am 30. November  
1882, Buch Nr. 186,148, wegen Nichtbeachtung einer ver-  
hängten Sperre.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bzw.  
Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend auf-  
geführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen  
die die Anträge auf Ausschluß begründenden Vorwürfe mit  
dem Bemerkten gegeben, daß sie, sofern sie auf dreimalige Be-  
anntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband  
ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Dem Feilenhauer Bernhardt Robert, geb. zu Freiberg  
i. S. am 18. April 1876, Buch Nr. 174,276, nach dem dem  
Bevollmächtigten den Einzelmitgliedern in dieser gestellten  
Antrage: Unterlassung der Rechnungsablage bzw. der  
Lieferung des Erlöses von ihm anvertrauten Beitragsmarken.

Der Former Otto Balleng, Buch-Nr. 346,340 wird  
hiermit aufgefordert, die vom Verband unrechtmäßiger Weise  
gegebene Unterfertigung von 25 Mk. zurückzuerstatten, widrigen-  
falls sein Ausschluß aus dem Verband erfolgt. Da sich der  
Benannte auf der Wandererschaft befindet, so werden die Ver-  
waltungsstellen und Bevollmächtigten davor gewarnt, dem-  
selben eine Reiselegitimation auszustellen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen  
sind nur an

**Shedder Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/I**  
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu be-  
merken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

## Korrespondenzen.

### Former.

**Hamburg-Altona.** Nachdem am 1. Oktober der Zentral-  
verein der Former aufgelöst war und der Uebertritt in den  
D. M.-V. erfolgte, hiernach erfolgen sollte, zeigte es sich,  
daß ein Theil der Former zurückblieb und nicht übergetreten  
ist. In diesem Zurückbleiben ist bei einem Theil der Former  
Fanatismus für den Zentralverein schuld, sie sahen nur in  
diesem ihr Heil, der D. M.-V. ist nach ihrer Meinung gar  
nicht im Stande, ihre Interessen wirksam zu vertreten. Dem  
andern Theil der nicht übergetretenen Former kam die Auf-  
lösung insofern erwünscht, als sie sich an der Organisation  
vorbeibrücken konnten unter dem Vorwand, der D. M.-V.

wäre ihnen nicht sympathisch; dieselben haben überhaupt  
nur dem Zentralverein angehört, weil sie nicht anders konn-  
ten. Wie weit der Fanatismus für den Zentralverein bei  
einem Theil der Former geht und bei einem andern Theil  
der Egoismus vorherrschend ist, zeigt Folgendes. Im Jahre  
1891 haben die organisierten Former von Hamburg-Altona-  
Ottensen eine Lokal-Arbeitslosenunterstützungskasse gegrün-  
det, die später noch erweitert wurde, um auch den erkrankten  
Mitgliedern Unterstützung zu gewähren. In den ersten  
Jahren des Bestehens der Kasse hatten die Mitglieder be-  
deutende Opfer zu bringen, um den Anforderungen, die an  
die Kasse gestellt wurden, zu genügen. Nachdem die Ver-  
hältnisse bessere geworden waren, wurde der Beitrag auf  
10 Pf. wöchentlich festgesetzt und erhielten die Mitglieder  
im Falle der Arbeitslosigkeit oder Krankheit pro Woche 6 Mk.  
auf die Dauer von 8 Wochen. Gewiß eine schöne Leistung.  
Nach Auflösung des Zentralvereins durfte auch die Kasse  
nicht mehr existieren, sie mußte zertrümmert werden nach  
Ansieht eines Theiles der Mitglieder. Am 12. Oktober wurde  
in der Versammlung der Antrag auf Auflösung durch Ab-  
stimmung mit einfacher Majorität gestellt. Am 2. Novem-  
ber wurde das Resultat bekannt gegeben, es war: Auflösung  
der Kasse mit schwacher Majorität. Jetzt trat für die Auf-  
lösungsfanatiker eine andere Frage auf, die Geldfrage. Das  
Stimmenvermögen betrug einige Tausend Mark. Die blödesten  
Anträge wurden gestellt. Ein Antrag, dem D. M.-V. 1000  
Mark zu überweisen und das übrige der Partei, wurde mit  
Sohnlachen beantwortet und abgelehnt. Ein Antrag, die  
Beiträge bis 30. September gelten zu lassen, den etwaigen  
Kranken und Arbeitslosen nichts mehr zu geben, weil die  
Kasse aufgelöst sei, wurde angenommen. Theile war  
das Lösungswort, am liebsten hätten die Betroffenen das  
Geld gleich mitgenommen. Der Vorstand gab sich in der  
Versammlung am 12. Oktober die größte Mühe, die Mit-  
glieder zu überzeugen, daß es eine Thorheit wäre, die Kasse  
aufzulösen. Sie ist nun zertrümmert, und die Reue wird  
bei Vielen kommen im Falle der Arbeitslosigkeit oder Er-  
krankung.

Mehrere organisierte Former, die auch Mitglieder der  
aufgelösten Kasse waren.

Wir stehen nicht an, die Auflösung derartiger gut-  
fundierter Kassen als einen großen Fehler zu bezeichnen.  
Einzelne mögen bei Theilung des Vermögens zwar einen  
momentanen Vortheil haben, aber die Allgemeinheit leidet  
daran. Man sollte sich durch verlebte Empfindungen nicht  
zu solchen Schritten verleiten lassen. D. Red.

### Metallarbeiter.

**München-Glabach.** Neben bedeutenden Lohnredu-  
ktionen, die bereits seit längerer Zeit erfolgen, war in dem  
Emaillirwerk von H. Janzen die Arbeitszeit auf 7 Stunden  
täglich beschränkt worden. Wer aus dem Verband austrat,  
auf Anregung der Meister, konnte 10 Stunden arbeiten. In  
letzter Zeit ist es nun gelungen, einen großen Theil der Ar-  
beiter zu organisieren, so daß die Lohnkürzungsgefühle des  
Herrn Janzen nicht durchgeführt werden konnten. Nun  
sollte es mit scharfen Strafbestimmungen für Auspostommen  
versucht werden. Auf Vorhalt seitens der Arbeiter versuchte  
Herr Janzen die Strafen mit dem schlechten Geschäftsgang  
zu rechtfertigen. Nach einigen Tagen verlangt Janzen, daß  
bis Weihnachten bis 9 1/2 Uhr Abends nachgearbeitet werden  
sollte. Er (Janzen) wolle, daß die Arbeiter nicht allzu sehr  
durch den Lohnausfall wegen der Weihnachtsfeiertage ge-  
schädigt würden. Auf diese Wohlthat verzichteten die Ar-  
beiter, nachdem Janzen Lohnreduktionen vorgenommen  
hatte. Da es Janzen nicht gelungen war, die Arbeiter mit  
der gezeigten patriarchalischen Fürsorge über den Köpfel zu  
barbieren, zeigte er sein wahres Gesicht und erließ folgende  
Bekanntmachung:

„Wer von heute ab die Arbeit ohne triftige Ent-  
schuldigung vor 5 1/2 Uhr Abends verläßt, erhält sofort  
seine Entlassung.“

M.-Glabach, den 11./11 1901.

Rob. Janzen.

Da die Arbeiter sich schlechten Geschäftsgang und  
Ueberzeitarbeit nicht zusammenreimen konnten, verließen  
sie um 7 Uhr Abends die Arbeit. Der Vorherr hielt das  
Thor verschlossen (das ist ja Freiheitsberaubung. D. Red.)  
und die Arbeiter wurden veranlaßt, in das Komptoir zu  
gehen, wo man denselben wohl die Papiere, aber kein Geld  
einhändigen wollte. Damit waren die Kollegen nicht ein-  
verstanden, worauf ihnen das fernere Betreten der Fabrik-  
räume untersagt wurde. Die Nachdienst haben den Kollegen  
reichten darauf am 14. November ihre Kündigung ein.  
Zugung bitten wir fernzuhalten.

**Jwidau.** Wir hellen Sachsen können anrufen: „Es  
lebe die Bureaukratie.“ Am 17. November war eine lom-  
binische Metallarbeiterversammlung in den Gaihof zum  
weigen Holz in Glauchau einberufen. Anwesend waren Kol-  
legen aus Altdorf, Strimmitzschau, Glauchau, Gönitz,  
Weitzsch, Sandau, Verdau und Jwidau. Der Einrufer  
hatte es d. rüdm, die Versammlung punkt 2 Uhr zu er-  
öffnen. Als einige Minuten nach 2 Uhr die Versammlung  
eröffnet werden sollte, erklärte der überwachende Beamte  
die Versammlung für „geschlossen.“ (War doch noch gar  
nicht eröffnet.) Das Auffallende an der ganzen Sache ist  
noch, daß der Einrufer für das Anmelden der Versamm-  
lung eine Mark bezahlen mußte. Es wird immer schöner.  
Nun Kollegen, aufgehoben ist für uns nur aufgehoben,  
wenn die Glauchauer Beschränkung glaubt, was damit für min-  
der geworden zu sein, dann ist sie im Forttum. Wir sehen  
uns in Glauchau in nächster Zeit wieder und hoffentlich  
erscheinen unsere Kollegen in größerer Anzahl als zuvor.

### Feilenhauer.

**Stettin.** In der Feilenfabrik von Paul Kleinbaum  
wurde sämtlichen Kollegen gekündigt, weil sie dazu beige-  
tragen hatten, daß der Arbeitsnachweis der Feilenhauer  
wieder ins Leben gerufen wurde. Herr Kleinbaum erklärte  
seinen Gehilfen, daß sie kein Recht hätten, einen Arbeits-  
nachweis zu errichten, das käme nur den Meistern zu. Er  
stellte sogar an die Kollegen das Ansuchen, sie sollten den  
Arbeitsnachweis in der Metallarbeiter-Zeitung widerrufen.  
Er will in seiner Werkstätte solche Gehilfen nicht haben, die  
sich in dieser Weise gegen die Meister auflehnen. Wir bitten  
die reisenden Kollegen vorläufig Stettin zu meiden, vor

allen Dingen aber das Umschauen zu unterlassen und sich  
streng an unsern Arbeitsnachweis zu halten. Derselbe be-  
findet sich bei Bolgt, große Ritterstraße 7. Derselbst wird  
auch das Geschenk ausbezahlt.

## Unser Unterstützungswesen.

In Bezug auf die Einwendungen unseres Kollegen  
Fr. Bornemann über unser Unterstützungswesen ist es wohl angezeigt, die angeführten  
Fälle nach einer andern Seite zu betrachten, und die keines-  
wegs einfache Angelegenheit gründlich zu besprechen. Wenn  
man die Unterstützungen, die der Verband gewährt als Zweck  
desselben annimmt, dann sind die Ausführungen Bornemanns  
vollständig richtig und den Interessen des Verbandes  
sehr dienlich. Anders aber wird die Sache, wenn man  
die Unterstützungen nur als Mittel zur möglichst besten Er-  
reichung unserer Zwecke auffaßt. Soweit aus den §§ 1  
und 2 unseres Statuts ersichtlich ist, sind die Unterstütz-  
ungen als Mittel zum Zweck, nicht aber als Selbstzweck auf-  
zufassen. Gerade in der jetzigen Zeit, bei der schweren  
wirtschaftlichen Krise ist es ja erklärlich, wenn die An-  
sprüche an den Verband immer stärker werden; andererseits  
kann aber da, wo durch zu engherziges Abwägen der Unter-  
stützungen, die der Verband gewährt, dem Verbands Schaden  
zugefügt werden und die Ertragskraft desselben in den  
letzten Jahren ganz oder zum Theil in Frage stellen. Der  
allergrößte Theil unserer Mitglieder, die Unterstützung in  
Anspruch nehmen und erhalten, thun das sicher nicht, weil  
sie ihre bezahlten Beiträge wieder heraushaben wollen, son-  
dern weil sie die Unterstützung nehmen müssen, da sie ar-  
beitslos sind. Wenn ein Kollege arbeitslos wird, besonders  
ein Familienvater, und er erhält Unterstützung, ist nicht  
allein er vor der dringendsten Noth geschützt, sondern er wird  
auch abgehalten, seine Arbeitskraft dem Unternehmer um  
jeden Preis anzubieten. Mag ein Arbeiter noch so viel So-  
lidaritätsgefühl haben, kein Mensch wird es ihm verübeln  
können, wenn er in der größten Bedrängniß alle Bedenken  
gegen den Schaden, den er seinen noch arbeitenden Kollegen  
zufügt, hintersieht, und um seine und der Seinen Existenz  
notdürftig aufrecht zu erhalten zum Lohnrücker wird. Daß  
dieser Umstand eintreten wird, wenn man sich nur von  
finanziellen Bedenken leiten läßt ist sicher zu erwarten, denn  
von welchem Arbeiter ist social Idealismus zu verlangen,  
daß er selbst bei bitterster Noth, wenn ihm der Verband er-  
kält, du hast schon mehr erhalten als du bezahlt hast und  
kannst nichts mehr erhalten, daß er dann immer noch allein  
die Rücksicht auf die Interessen der Gesamtheit gelten läßt,  
und lieber untergeht als selbstständig an sich selber denkt und  
Arbeit sucht um jeden Preis; auch wenn dadurch die Arbeits-  
bedingungen, die er vielleicht selbst hat durch Kampf verbess-  
ern helfen, wieder bedeutend verschlechtert werden und  
andere seiner Kollegen, die sich diesen verschlechterten Um-  
bedingungen nicht fügen wollen und können, arbeitslos und  
damit unterstützungsberechtigt und bedürftig werden. Wenn  
dann noch, wie es in solchen Zeiten wie jetzt diese Fälle sich  
häufen und eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbe-  
dingungen eintritt, dann fehlen viele Mitglieder der Orga-  
nisation den Rücken und es bedarf schwerer Opfer an per-  
sönlicher Arbeit und an Geld, um die Organisation wieder  
zu kräftigen und den Arbeitern wieder das zu erringen, was  
sie in der Zeit der Krise verloren haben. Wie dann die Wi-  
lang ausfällt, wenn man auf der einen Seite die erparten  
Unterstützungen und auf der anderen Seite die Opfer, die  
durch dieses Sparen nötig wurden, betrachtet, das über-  
lasse ich der Meinung der Kollegen.

Ehlingen a. N.

Hermann Gaaret.

Als der Kollege Bornemann seinen in Nr. 46 der  
Met.-Arb.-Ztg. veröffentlichten Artikel geschrieben hatte,  
wird er sich in dem Bewußtsein schlafen gelegt haben: Na,  
dem Cohn hab ich's aber gegeben und obendrein den  
großschnauzigen Berlinern ein's ausgemischt. Wenn das  
nicht zieht, zieht gar nicht mehr. Und ich gestehe, ich war  
im ersten Augenblick förmlich gekniet durch den von Frank-  
furt geschleuderten Blitzstrahl. Nur gut, daß hier in Berlin,  
nach der sachverständigen Ansicht des Kollegen Bornemann,  
viel grünes Holz ist, das nicht gleich entzündet wurde. Es  
war das Ganze eben nur ein kalter Schlag.

Einem Augenblick war ich auch nur verblüfft, dann  
habe ich mich wieder erholt in dem Bewußtsein, daß wenn  
meine Ausführungen in der Nr. 45 der Met.-Arb.-Ztg. den  
Kollegen Bornemann auch nicht belehrt haben, so haben  
sie doch etwas veranlaßt, was zwar nicht der Zweck der  
Veröffentlichung war, mir aber doch nicht unangenehm ist,  
nämlich: Es ist bei dem Kollegen Bornemann Tag  
geworden. Soviele auf die liebevollen persönlichen Bem-  
erktungen des Kollegen Bornemann und nun zu den sach-  
lichen Ausführungen.

Bornemann schreibt: „Was ich monirt habe, stellt  
Cohn als selbstverständlich und gut hin.“ Lieber Kollege  
Bornemann, nicht meine Meinung ist es, die ich da zum  
Besten gegeben, sondern die nach meinem Sa-  
fürhalten einzig richtige Auslegung des  
Statuts. Und darnach kann ein Mitglied allerdings  
Jahr für Jahr Unterstützung erheben in der Höhe von 2,  
4, 6, 8 und 10 Mk. Wenn nur die übrigen Bedingungen  
des Statuts erfüllt sind. Daß auf Antrag des Vorstandes  
dem § 2c eine etwas schärfere Fassung gegeben wurde, ge-  
schah wohl aus der ganz richtigen und berechtigten Er-  
wägung heraus, daß jetzt, wo es mehr laufende Unter-  
stützungen gibt, außerordentliche Unterstützungen weniger  
notwendig und erforderlich sind. Bornemann hat dann  
ganz richtig die verschiedenen, den Mitgliedern günstigen  
Möglichkeiten angeführt, viel Unterstützung zu erhalten. Es  
das Arbeitsnachweis sind, oder nicht, das ist zunächst gleich-  
gültig und ist das noch kein Beweis für die Unhaltbarkeit  
des jetzigen Statuts. Nicht darauf kommt es an, ob  
Einzelne mehr, vielleicht sogar bedeutend mehr bezogen als  
eingezahlt, sondern darauf kommt es an, ob wir auf die  
Dauer in der Lage sind, mit den gegenwärtigen Beiträgen  
auskommen zu können. Das heißt, ich will nicht, daß die  
gesamten eingehenden Gelder für die Arbeitslosenunter-  
stützung verausgabt werden. Für die Arbeitslosenunter-  
stützung sind nur 10 Pf. pro Beitrag bestimmt, es das

genügt oder nicht, kann man an einzelnen Fällen nicht nachweisen, dazu bedarf es eines Gesamtbildes, das sich über mindestens 1 Jahr erstreckt. Wegen einiger Vorkommnisse gleich von Unhaltbarkeit zu sprechen, ist Kleinlich, Vornemann vergißt auch vollständig den Vortheil, den die in Arbeit stehenden haben, wenn den Arbeitslosen eine Unterstützung gezahlt wird und diese dadurch weniger genötigt sind, sich um jeden Preis anbieten zu müssen. Kommen wir aus und überschauen wir damit alle Lebens- und Volksversicherungen, dann bin ich der Letzte, der sich darüber ärgert.

Vornemann führt dann in Bezug auf den zweiten Fall an, nachdem er die Bezugsberechtigung zugegeben: (Also doch etwas gelernt aus der Stadt der Intelligenz.) Ich verstehe nicht, wie Cohen zu dieser Summe kommt. Aber doch höchst einfach, lieber Vornemann, ich rechne die Summe zusammen, die der Former in den 52 Wochen vor dem 1. Oktober 1901 erhalten hat und das macht nach Vornemanns eigener Angabe in Nr. 49 der Met.-Arb.-Ztg. 53 Mk. 50 Pfg., also in 52 Wochen 4 Mk. 50 Pfg. mehr als Jemand nach unserm Statut bei zweijähriger Mitgliedschaft erhalten darf. Die folgenden Sätze Vornemanns von: „hatte dann am 8. 2. 1902 erhalten bis zum schwindlich werden, bedürfen Angesichts der diesbezüglichen statistischen Bestimmung keiner Widerlegung. Dafür, daß Vornemann als Geschäftsführer so etwas geschrieben, lasse ich als einzigen Entschuldigungsgrund gelten, daß es Vornemann eben schwindlich war, als er das schrieb. Die Erzählung von der Zwangsversicherung übergehe ich. In Bezug auf die nächsten Sätze Vornemanns verweise ich auf das Statut, wonach die nächste Karenzzeit am 1. Erhebungstag beginnt. Damit soll zweifellos gesagt werden, daß auch die Erhebungszeit selbst bei der nächsten Karenzzeit mitzurechnen ist. Außerdem heißt es im Statut klar und deutlich, daß, wenn die in einem Jahre zu beziehende Summe nicht in einer Arbeitslosigkeit bezogen wird, die zwischen den Arbeitslosigkeiten fallende Arbeitszeit der Karenzzeit hinzugezählt wird. Die ferneren Ausführungen Vornemanns bedürfen wiederum keiner Widerlegung. Ein Blick auf unser Statut beweist deren Haltlosigkeit. Der Unterschied zwischen B. und mir besteht darin, daß ich das Statut zu Grunde lege, während Vornemann nach eigenem Ermessen handelt und das ist unzulässig. Nur die Differenz von 7 Mk. auszahlen zu wollen, ist einfach lächerlich. Vornemann sagt weiter: „während wir nach dem Coher'schen Rezept verfahren, so müßten wir auch die Rubriken für Unterstützungsleistungen verbreiseln.“ Mag sich Vornemann einmal die neuesten Mitgliedsbücher ansehen, sie enthalten bereits einige Seiten mehr für Unterstützungsleistungen. Zum Schluß möchte ich bemerken, daß die nächste Generalversammlung vielleicht zu Änderungen kommt. Welcher Art diese Änderungen sein werden, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Wir müssen erst sehen, wie wir mit den jetzigen Bestimmungen fahren. Da heißt's eben auch: „Ein Roth Pragis ist mehr werth, wie ein Pfund Theorie.“

Berlin. Adolf Cohen.

**Rundschau.**

Ueber die Krise und die Arbeitslosigkeit in der Metallbranche äußert sich der bekannte Berliner Metallindustrielle Konmerzlenzsch A h n e m a n n in der Zeitschrift Der Großbetrieb folgendermaßen: „Eine Umfrage bei den Vertretern der Maschinenbranche hat ergeben, daß annähernd 14 Proz. von den bisher in den Berliner Fabriken beschäftigten arbeitslos geworden sind. Sicherlich wird diese Zahl noch steigen, nach der Ansicht der Beteiligten voransichtlich bis zu 25 Proz. Ich kenne die Ermittlungen von ungefähr 130 hiesigen Betrieben. Es sind in der Hauptstadt die größten. Es steht nicht in allen gleich trübe aus. Es gibt sogar darunter 5 Betriebe, die augenblicklich mit einer größeren Zahl arbeiten, einer von ihnen jetzt mit 600 jetzt mit 800 Arbeitern. Doch das ist eine große Ausnahme. Im großen und ganzen muß man sagen, daß ein ganz bedauerlicher Rückgang in der Metallbranche zu verzeichnen ist. Dieser dürfte leider noch keineswegs seinen Höhepunkt erreicht haben. Ich gehöre ja freilich zu den Schwärzsehern; aber auch diejenigen Herren, die sonst viel optimistischer dachten als ich, erwarten kein so baldiges Ende der ungünstigen Konjunktur.“

Ueber die Gründe des Rückgangs äußert sich Kühnemann: „Da muß man einmal die alte Hinjentschheit ansprechen, daß freis den Zeiten einer Hochkonjunktur die eines Rückganges folgt, sie wechseln eben wie Ebbe und Fluth. Und gerade in den Zeiten des Aufschwunges hat sich mancher von der Hoffnung leiten lassen, als ob es immer so sein müßte. Sehr viele Werke sind zu Erweiterungen übergegangen, sie wurden selbst zu Abnehmern, indem sie Baumaterial, Eisenapparaturen u. brauchten. Nun haben sie sich aus Abnehmern zu Produzenten umgewandelt, die jetzt in der Lage und sogar gezwungen sind, weit mehr zu produzieren als zuvor. Was sollten sie sonst mit ihren erweiterten Betrieben anfangen. Endlich ist die Finanzwelt auch nicht ganz von der Schuld freizusprechen, dem Finanzmännlein gegenüber zu generös mit der Vergabe von Geld gewesen zu sein. Namentlich in der Elektricitäts- und Schiffbauindustrie hat sich das gezeigt. Nunmehr ist naturgemäß der Rückschlag gekommen. Er ist bereits in denjenigen Zweigen wahrgenommen worden, die die fertigen Maschinen vorbereiten. Daher sieht in der Eisenindustrie, in den Konstruktionswerkstätten, in den Werkzeugmaschinenfabriken, Maschinenbauwerken u. sehr traurig aus. Die anderen Zweige, die die fertigen Maschinen auf den Markt bringen, werden erst später in Mitleidenschaft gezogen werden. Borkausig haben sie noch ihre alten Aufträge anzuführen; aber was dann? Neue Aufträge laufen so gar wie gar nicht oder doch nur sehr spärlich ein. So dürfte denn meiner Ansicht nach im Laufe des nächsten Quartals wohl die magenartige Lage in der Metallbranche ihren Höhepunkt erst erreichen.“

Kühnemann bezeichnet die von einer Arbeitslosenversammlung aufgestellte Behauptung, es seien allein in der Metallbranche 35.000 Arbeiter broilos, als übertrieben. In der Maschinenbauindustrie müssen hier nach zuverlässigen Ermittlungen augenblicklich 5000 feiern. Davon wird ein Theil in die Heimath zurückgehen, ein Theil als Gelegenheitsarbeiter — ich erinnere nur an die sogenannten Schweißarbeiten — beschäftigt.

Zum Schluß sagt Kühnemann: „Was soll geschehen, um Abhilfe zu schaffen. Selbst diejenigen, die noch so rosig in die Zukunft zu blicken pflegen, können sich die mangelhafte Lage unserer Industrie nicht verhehlen. Staat und Kommune haben ein Interesse daran, schnell für Abhilfe zu sorgen. Es hatten bei uns noch zahlreiche wirkliche kulturelle Aufgaben — ich erinnere nur an die Kanalkfrage — die dem Industriellen eine reichliche Beschäftigung geben könnte — der Erledigung. Im Interesse der zahlreichen Arbeitnehmer, deren Lage sich ja im Winter keineswegs bessert, dürfte auch noch zu erwägen sein, ob man nicht die Pflicht hätte, für billigeres Fleisch zu sorgen, vielleicht durch Aufheben der Zölle auf amerikanisches Fleisch u. Es würde sich auch empfehlen, schon jetzt die Bereitstellung reichlicher Mittel für große kulturelle Aufgaben, die für später geplant sind, zu betreiben, damit diese jetzt schon der Ausführung zugeführt werden. Ich habe das Vertrauen, daß sowohl Staat wie Stadt zur Vinderung der Noth thun werden, was in ihren Kräften steht. Aber schließlich dürfte auch der einzelne Industrielle in der Zeit der guten Konjunktur nicht vergessen, daß einem großen Aufschwunge auch stets ein Niedergang folgt.“

Die Kommission für Arbeiterstatistik, deren Sitzungen, seitdem der Unterstaatssekretär aus dem Eisenbahnministerium den Vorsitz führt, zur großen Seltenheit geworden sind, wird dann, wenn ein Mitglied ausgefallen ist, immer wieder auf die volle Zahl gebracht. Nachdem der Bundesrath für den ausgeschiedenen Dr. v. Noeblitz dessen Amtsnachfolger im Reichsamt des Innern, Direktor Casper, als Mitglied ernannt hat, soll nun auch an Stelle des verstorbenen Direktors des Statistischen Amtes Dr. von Scheel dessen Amtsnachfolger Dr. Wilhelm Mitglied der Kommission werden. Sachlich wird dadurch wenig geändert werden. Dr. Wilhelm hat immer an den Sitzungen der Kommission theilgenommen. Er war als Kommissar des Staatssekretärs für das Reichsamt des Innern anwesend und konnte sich wohl an den Beratungen, aber nicht an den Abstimmungen betheiligen. Wenn er nun zum Mitglied ernannt wird, kann er wohl mitwirken, aber es ist sehr fraglich, ob er dazu in der nächsten Zeit Gelegenheit haben wird. Im April d. J. hatte die Kommission Sitzung, in der ein Fragebogen für die Erhebungen der in Kontoren beschäftigten Kaufleute festgesetzt und ein Ausschuh gewählt wurde, der Fragebogen für die im Transportgewerbe und die im Fleischergewerbe beschäftigten Personen entwerfen sollte. Dieser im April gewählte Ausschuh war schon einmal zu einer Sitzung, die im Laufe dieses Monats stattfinden sollte, einberufen. Aber so „überhastetes“ Arbeiten möchte dem Vorsitzenden doch wohl bedenklich erscheinen. Es wurde die Auszubereitung auf den 29. November verschoben. Ob und wann dann das Plenum der Kommission wieder zusammen berufen wird, ist eine Frage, die schwer zu beantworten sein wird. Von der im Reichshaushaltetat alljährlich festgesetzten Summe wird, seitdem Geld die Leitung hat, nur ein ganz geringer Bruchtheil verbraucht. Es ist das auch ein Stück des im preussischen Eisenbahnministerium so beliebten Fiskalismus.

Aus der Konferenz im Reichsversicherungsamt, welche dort von den Vorständen der Versicherungsämter und den Vorständen der auf Grund des Invaliditätsversicherungsgesetzes zugelassenen besonderen Kasseneinrichtungen abgehalten wurde, wollten wir Einiges mittheilen. Bei Beratung einer Reihe von Einzelfragen aus dem Gebiete des Heilverfahrens herrschte Einverständnis darüber, daß die Vorschrift des § 18, Abs. 1 des Invaliditäts-Vericherungsgesetzes, wonach solche Angehörige eines Versicherer Angehörigenunterstützung erhalten sollen, „deren Unterhaltung dieser bisher aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat“, ohne feindliche Berechnungen mit möglichsten Wohlwollen gehandhabt werden müsse. Weiter wurde besprochen, wie die Angehörigenunterstützung zu bemessen sei, wenn das Heilverfahren zur Behebung der Invalidität eines Rentenempfängers eingeleitet werde, und inwiefern im Hinblick auf die Regelung der Ansprüche aus der Krankenversicherung Angehörigenunterstützung auch für Sonn- und Feiertage zu gewähren oder zu verweigern sei.

Es bricht sich also immer mehr die Ansicht durch, daß das Gesetz durch wohlwollende Auslegung ergänzt werden muß. Das ist doch ein offenes Zugeständnis der Ungültigkeit des Gesetzes. Denn ein Versicherungsgesetz soll dem Versicherer doch einen Re s i s a n z p r a c t auf seine Beiträge geben und ihn nicht abhängig machen vom Wohl- oder Uebelwollen der Beamten.

Zu Verfolg der Reichstagsverhandlungen über das Invaliditätsversicherungsgesetz und die neuen Unfallversicherungsgesetze wurde vom Reichsversicherungsamt, insbesondere von dessen Präsidenten, an die Vertreter der Versicherungsträger das dringende Ersuchen gerichtet, bei der Prüfung des Wages der Erwerbsfähigkeit von Rentensüßern gegenüber den ärztlichen Empfehlungen und Schätzungen sich die nötige Selbstständigkeit des Urtheils zu wahren.

Es soll nicht ohne Weiteres das Gutachten des Arztes maßgebend sein. Ist haben Ärzte beigestimmt, daß ein Verleser oder ein Juchide zwar unfähig sei, seinen Beruf fortzusetzen, aber er könne einen anderen „leichten“ Beruf ergreifen. In diesen Fällen wurden oft Beschäftigungen angegeben, wozu der Betreffende noch unfähiger war, als zu seinem früheren Berufe. In solchen Fällen sollen auch Sachverständige gehört werden über die Frage, ob die Angabe des Arztes zureichend ist.

Berlin bestimmt. Am 25. Oktober fand in Berlin eine Versammlung der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) statt, in welcher über die Verhandlungen in Lübeck Bericht erstattet und beschlossen wurde, daß der Ausschuh des Berliner Gewerbegerichts die Arbeiten, welche im allgemeinen Interesse zu verrichten sind, übernehmen solle. Die zehn Arbeitnehmer, welche dem genannten Ausschuh angehören, haben sich dahin geeinigt, der Körperschaft den Namen „Zentralausschuh der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands“ beizulegen. Die laufenden Arbeiten werden von den Mitgliedern, welche im Bureau der Berliner Gewerbegerichtskommission thätig sind, erledigt. Die Adresse des Zentralausschusses ist: A. K ö r t e n, Engel-Ufer 15, Berlin SO.

Dorthin sind alle Gewerbegerichtsangelegenheiten betreffenden Zuschriften und Anfragen zu richten. Der Zentralausschuh beabsichtigt, demnächst den Entwurf eines Normalstatuts für Gewerbegerichte zu veröffentlichen.

Die Einigung der Hamburger Maurer-Organisationen ist infolge der widerwärtigen Haltung der Affordmurer gescheitert. Auf die veröhnliche Haltung der drei sozialdemokratischen Vereine und des Maurerverbandes antwortete die S o n d e r o r g a n i s a t i o n d e r A f f o r d m a u r e r mit folgenden Forderungen: 1. a u ß d e r P a s s i u s aus dem Hamburger Maurertarif gestrichen werden, der die Affordarbeit verbietet; 2. soll sich die Ortsverwaltung des Zentralverbandes in Hamburg einer Neuwahl unterziehen; 3. soll der Grundstein die Beleidigungen gegen die Affordmurer zurücknehmen. In der betreffenden Versammlung ließen sich jedoch einige Wortführer der Affordmurer zu beleidigenden Äußerungen gegen Böhmlburg hinreißen. Eine Versammlung der Verbandsmurer vom 7. November, in welcher Abg. Wolfenbutz referirte, beschloß, an der Gerberführung einer Einigung festzuhalten, aber nur auf der Basis der Aufhebung der Sonderorganisation und der bedingungslosen Anerkennung des Lohnsarfs zu verhandeln. Darauf wurde den Affordmurer seitens der Einigungskommission folgende Frage gestellt:

„Sind die Mitglieder der Freien Vereinigung gewillt, unter der Voraussetzung, daß die abgeschlossenen Verträge gegenseitig innegehalten werden, daß also einerseits das Abkommen des Zentralverbandes mit der Bauhütte bis zum Ablauf bestehen bleibt, andererseits die seitens der Mitglieder der Freien Vereinigung abgeschlossenen Afforde vollendet werden, dem Zentralverbande beizutreten?“

Diese Frage wurde von den Affordmurer am 19. November in einer Versammlung mit 185 gegen 3 Stimmen verneint. Der Vorsitzende der Affordmurer-Vereinigung erklärte zwar, daß sie auf der Grundlage anderer vom Verband gestellter akzeptabler Vorschläge zur Einigung bereit seien. Ueber Das, was akzeptabel ist, würden aber lediglich die Affordmurer entscheiden. Daß der Verband sich zu einer solchen Komodie nicht herbeilassen wird, liegt auf der Hand. — Nach diesem Verhalten haben die Affordmurer sich der Verachtung aller klaffenbewußten Arbeiter überantwortet; sie haben sich mit solchem Vorgehen selbst gerichtet.

Gegen das „wohlerworbene Recht“ auf Ausübung der Konfektionär, das Organ der Ausbilder in der Konfektionsbranche, dem die intensive Agitation des V e r b a n d e s d e r S c h n e i d e r u n d S c h n e i d e r i n n e n gegen die Heimarbeit sehr unangenehm ist, schreibt:

„Gegenüber einer solchen Agitation ist es wahrlich die höchste Zeit, daß auch die K o n f e k t i o n ä r e daran denken, ihre w o h l e r w o r b e n e n R e c h t e zu wahren und gegen ein solches, die ganze große Konfektionsbranche in ihren Grundlagen bedrohendes Treiben energisch aufzutreten!“

Also die Herren Konfektionäre betrachten die rücksichtslose Ausbeutung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen bereits als wohlerworbene Recht, das sie sich von der Regierung am liebsten verbrieft lassen. Viele unserer Kollegen sind in der Lage, diesen Stumpf, der vom Schneiderverband gegen die Konfektionäre und Tischlermeister geführt wird, zu unterstützen; denn tausende Frauen und Töchter unserer organisierten Kollegen sind in der Konfektion unter den elendesten Bedingungen thätig, ohne einer Organisation angeschlossen zu sein. Diese Kollegen müssen dahin wirken, daß sich die unorganisierten Frauen und Mädchen der Organisation anschließen, damit energischer wie bisher gegen die familienzerstörenden Schäden und Mängel der Hausindustrie vorgegangen werden kann. Das Eingreifen des Gesetzgebers ist hier notwendig und das wird nur erreicht durch rücksichtsloses Aufheben dieser grauenhaften, durch die Hausindustrie verjüngelten Zustände.

Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte. Unter der immer zahlreicher werdenden Beamtenbesatzung, die heute im Dienst der Gewerkschaften sowie der politischen Partei thätig ist, macht sich das Verlangen nach einer Versicherungsanstalt, die für das Alter oder im Falle des Ablebens für die Hinterbliebenen einen kleinen Galt bietet, regen geltend. Von zwei Seiten zugleich ist diesen Wünschen Rechnung getragen. Vor Kurzem hat der Verein Arbeiterpresse die Grundzüge eines Statuts für eine Pensionskasse bereithalten, und nun veröffentlicht die Generalkommission der Gewerkschaften gemäß ihres Auftrages vom letzten Kongress der Gewerkschaften das Statut einer Kasse, die für Invalidität und Rentenversicherung eine Versicherung vorsieht. Es ist selbstverständlich, daß, wenn solche Einrichtungen geschaffen werden, sie über das hinausgehen, was der Staat an sozialpolitischen Versicherungsanstalten ins Leben gerufen hat, allerdings wird auch eine Grenze nach oben gezogen, da die Leistungen, die jede Versicherung fordert, keine willkürlichen sein können. Die Generalkommission hat die finanzielle Grundlage des Unternehmens mit heimlicher Gewissenhaftigkeit nach den Erfahrungen der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften und der Invaliditäts- und Altersversicherung geprüft. Während der Verein Arbeiterpresse einen Beitrag von 6 Prozent des Gehalts forderte, glaubt die Generalkommission, mit einem jährlichen Beitrag von 90 Mk für die erste Klasse und 60 Mk für die zweite Klasse auszukommen. Die erste Klasse umfaßt die Gehälter über 2000 Mk. jährlich, die zweite Klasse geht unter diese Gehaltsstufe. Der Beitritt soll ein freiwilliger sein und dahin gestrebt werden, daß die Organisation oder die Arbeitgeber die Hälfte des Beitrages zahlen. Der Anschluß an

den Fonds kann gestattet werden: Den vollbesoldeten Angestellten der Gewerkschaftsstellen, Arbeitersekretariate und Krankenlägen; Angestellten (Redakteure, Geschäftsführer, Expedienten, Berichterstatter) der zur modernen Arbeiterbewegung gehörenden Presse (einschließlich Buchhandlungen); den Schriftstellern und Mitarbeitern, die ihren Hauptberuf in der gewerkschaftlichen und politischen Presse der modernen Arbeiterbewegung finden.

Als Unterstützung ist vorgesehen im Falle der Invalidität, die durch ärztliches Gutachten bestätigt sein muß, eine Jahresunterstützung von 1200 Mk. in erster Klasse und 900 Mk. in zweiter Klasse. Die Witwen-Unterstützungen sollen 600 Mk. resp. 450 Mk. betragen. Für Waisen-Unterstützung sind in erster Klasse 120 Mk., in zweiter Klasse 90 Mk. vorgesehen; für Vater- und Mutterlose Waisen 240, resp. 180 Mk. An Sterbegeld sollen 100 Mk. gezahlt werden. Die Verwaltung des Fonds soll sieben Personen übertragen werden. Drei derselben stellt die Generalkommission aus ihren Mitgliedern, während vier von den am Sitze der Generalkommission wohnenden Beteiligten gewählt werden. Die Klassenverwaltung wird von einem Mitglied der Generalkommission geführt. Wird auf dem nächsten Gewerkschaftskongress kein erheblicher Widerspruch gegen das Statut erhoben, so ist Hoffnung vorhanden, daß es am 1. Oktober 1902 in Kraft tritt. Sehr zu empfehlen wäre eine Verständigung beider Korporationen, des Vereins Arbeiterpresse und der Generalkommission, damit ein gemeinsames Werk zu Stande kommt, denn je größer die Zahl der Mitglieder, um so sicherer gestaltet sich die Grundlage der Klasse.

**Arbeitslöhne in Japan.** Wie aus einer Zusammenstellung, welche das Finanzdepartement in Tokio vor kurzem veröffentlicht hat, hervorgeht, sind die durchschnittlichen Arbeitslöhne in Japan seit dem Jahre 1894 bis 1899 wie folgt gestiegen.

	1894	1899
	Mk.	Mk.
Sie betragen pro Tag:		
für Zimmerleute . . . . .	—,63	1,20
" Steinhauer . . . . .	—,73	1,40
" Maurer . . . . .	—,76	1,11
" Tischler . . . . .	—,61	1,20
" Schuhmacher . . . . .	—,65	1,22
" Stelmacher . . . . .	—,55	1,07
" Schneider für japanische Kleider . . . . .	—,52	—,99
" " europäische " . . . . .	—,80	1,09
" Grob schmiede . . . . .	—,60	1,26
" Gärtner . . . . .	—,61	1,18
" Weber (Männer) . . . . .	—,36	—,86
" (Frauen) . . . . .	—,23	—,50
" Tagelöhner . . . . .	—,42	—,84

Zu dieser Steigerung der Löhne kommt die Umwandlung Japans von einem Agrarstaat in ein Industrieland zu deutlichem Ausdruck. Selbstverständlich sind auch in etwa gleichem Maße die Preise für Lebensmittel gestiegen.

**Aus anderen Berufen und Organisationen.**

**England.** Interessante Streiflichter auf den Geist, der unter den englischen Arbeitern und in den englischen Gewerkschaften herrscht, wirft ein Artikel, der im Septemberheft von „The Amalgamated Engineers' Monthly Journal“, dem Organ der Amalgamated Society of Engineers, erschienen ist. Der englische Durchschnittsarbeiter wird darin folgendermaßen charakterisiert: „Er begnügt sich, sich vor dem ungekrönten König der Zeitungredaktion zu beugen und mit kindlicher Leichtgläubigkeit auf die letzte Blige des käuflichen Strikenten zu schwören. Diese gleichgültige Ergebung in das, was ist, diese geistige, moralische und körperliche Faulheit kommt ihm theuer zu stehen. Nicht nur, daß mühsam errungene Vorteile ihm entrispen werden, nein, die Nachhader sind eifrig bemüht, für ihn, seine Kinder und Kindeskinde neue Fesseln zu schmieden. Die Mächte des Rückschritts haben ihre bequemste Zeit. . . . Die Redefreiheit wird geschmälert. . . . Eine fremdartige Politik wird verfolgt, die dem Lande den Saß der ganzen zivilisierten Welt zugezogen hat.“

Der Verfasser führt dann weiter aus, daß die Arbeiter weder von der konservativen, noch von der liberalen Partei etwas Gutes zu erwarten haben, daß von Zeit zu Zeit das Koalitionsrecht durch die Richter angestraften verjagt werde, bis endlich das Oberhaus, wahrscheinlich ernüchtert durch die Geduld derjenigen, die es angeht, dasselbe, was die Praxis anbelangt, jorzufagen wegwirft hat und fährt dann fort: „Der Durchschnittsgewerkschaftler ist damit zufrieden, daß seine Sache geführt — oder durch den Schlamme gezogen — wird von dem ersten Besten, der gerade am Ruder ist. Er läßt Andere für sich denken, wie er durch Andere seine schmutzige Wäsche waschen läßt; er ist so gleichgültig gegen das, was für ihn gedacht oder getan wird, daß es natürlich erscheint, wenn Vieles von dem Denken und Thun nicht weit her ist. Daher solche Handlungsweise wie die, die sich in dem Vorfasser Rechtsfall offenbarte, der kürzlich vor dem Richter verhandelt wurde. Die dortige Schlachter-Gewerkschaft, nicht zufrieden damit, daß sie wegen der Beschäftigung eines Nichtmitgliedes gestreift hatte, verweigerte die Annahme von Beiträgen für den betreffenden Arbeiter, die ihr durch dessen Arbeitgeber angeboten wurden und den sie mit dem Boykott belegt hatten. (In England ist es bei einigen Gewerkschaften üblich, daß der Arbeiter, bei der Gewerkschaftsbeiträge vom Arbeitelohn abzieht und zur Gewerkschaft übermitteln. Anmerkung d. Uebers.) Ein anderer Fall von ähnlicher Art kam kürzlich vor die Föderation der Trade-Unions, indem eine Gewerkschaft Unterstützung für ihre Mitglieder beanpruchte, die wegen der Beschäftigung eines Mannes streikten, den sie nicht in ihre Gewerkschaft aufnehmen wollten, weil er über 40 Jahre alt war, von dem sie aber nichtsdestoweniger einen Shilling pro Woche forderten für das Privilegium, seinen Lebensunterhalt durch Ausübung seines Berufes zu verdienen. Augenscheinlich glauben die Leute, daß sich auf diese Weise Bruderrache erzwingen lasse. Ihre Methode scheint mit der der Seeräuber des Mittelalters verwandt zu sein, die ihre Gefangenen vor die Wahl stellten, entweder in ihre Reihen einzutreten oder über Bord zu springen, oder auch mit der Methode der französischen Revolutionäre, von welchen gesagt wird (aber wahrscheinlich ist dies eine Blige), daß sie an ihre Gegner die Forderung gerichtet haben: „Seid unsere Brüder oder

wir werden Euch tödten.“ Eine solche Politik schädigt die Gewerkschaften und läßt die Anklagen von Gegnern gerechtfertigt erscheinen, bringt die öffentliche Meinung gegen uns auf und führt ungünstige Gerichtsentscheidungen herbei.“

In diesem Tone bewegen die Ausführungen sich noch eine Weile weiter. Der Verfasser rügt u. A., daß der Durchschnittsarbeiter sich mehr um Federrennen und die Vorkämpfer seiner Lieblings-Cricket- oder Fußballspieler kümmere, als darum, was aus ihm selber in seinen alten Tagen werde oder wie die Wohnungsbedingungen in den „Slum“-Gegenden sind. Darauf heißt es mörklich weiter: „Die einzige Entschuldigung für ihn scheint die zu sein, daß er verwirrt ist durch die Menge seiner Ratgeber. Es gibt solche, die ihm raten, die Nationalisation vor Allem zu fordern, sich selber mit einbegreifen, und es gibt solche, die befürworten, daß Jedermann „sein eigener Richter sein“ solle. Einige raten ihm, die alten politischen Parteien mit neuem Geiste zu durchdringen und Andere dringen in ihn, sich politisch auf eigene Füße zu stellen. . . . Einige seiner früheren Führer haben ihre Zuflucht genommen zu den Reizen der politischen Fälsche und sind eifrig beschäftigt, die politischen Klüben einer vergangenen Generation vor der Nase des modernen politischen Feils zu schwenken und — vielleicht das Traurigste von Allem — der parlamentarische Ausschuh der Gewerkschaften hat aufgehört, in all diese in irgend einen Fingerzeig zu geben.“

Als Ausweg empfiehlt der Verfasser, „daß die Arbeiter anfangen solle, für sich selber zu denken“ und der Arbeiter dem Gewerkschaftswesen politische Organisationen hinzuzufügen solle.

**Letzte Nachrichten.**

**Hannover.** In der am 23. November stattgefundenen Versammlung, welche sehr gut besucht war, wurde der Koll. Fvdr. Schlegel-Berlin zum Geschäftsführer für unsere Verwaltung gewählt.

**Litteratur.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez' Verlag) ist soeben das 8. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Parteilegenden entstehen. — Beiträge zur Geschichte der Volksschule. Von Heine Schulz. 2. Reformation und Volksschule. (Fortsetzung). — Der Kongress der Arbeitssamern, Genossenschaften und Hilfskassen Italiens. Von Oda Olberg (Genua). — Zur Kritik des Gewerkschaftswesens. Von Aug. Quist. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Wurm. — Notizen: Auch eine Programmrevision. — Feuilleton: Hier hebt an ein einziger Fall der höchsten Großmuth und Höflichkeit zwischen zwei Edelleuten Siene-sischen Blutes und Geistes. Von dem Edlen Bernardo Piccini aus Siena. Aus dem Italienischen des fünfzehnten Jahrhunderts von Paul Ernst.

Die illustrierte Romanbibliothek „In Freien Stunden“ bringen in ihren Zehn-Pfennig-Heften 39—46 den ergreifenden Roman Lotis: „Die S s l a n d f i s c h e r“ zum Abschluß und beginnen mit dem Abdruck einer Novelle von Rod bert Schweichel aus dem Arbeiterleben: „Geseh und Recht.“ In „Dies und Jenes“ begegnen wir eine Reihe von interessanten historischen Reminiszenzen über das Gottesgudenthum der altpreussischen Könige und eines der letzten Heftre veröffentlicht die Zuschrift eines katholischen Pfarrers in Wiesloch, der partout den lieben Herrgott retten will. Wir empfehlen diese billige und gute Unterhaltungslitteratur.

Das Sozialdemokratische Reichstags-Handbuch von Max Schippel, das die Buchhandlung Vorwärts in Berlin in Wochenheften zu 20 Pfg. herausgibt, liegen jetzt bereits in 6 Heften vor und gestattet ein Urtheil darüber, ob das, was der Prospekt berief: ein Nachschlagebuch für a) Zeit- und Streitfragen der Reichspolitik, sich auch erfüllen werde. Und wir glauben sagen zu dürfen, daß das Buch thatächlich ein nennenswerthes Lehrbuch für die politische und gewerkschaftliche Agitation und Aufklärung werden wird. Das Buch behandelt die Materie in alphabetischer Reihenfolge: Beginnend mit der Frage der Abgeordneten-Immunität, erstreckt es in den vortiegenden Heften die Agrarbewegung, Americas handelspolitische Beziehungen zu Deutschland, Apothekenfragen — die Schädlichkeit des Apothekenmonopols, dann das weite Gebiet der Arbeitererziehung und Arbeitertrugs-Gesetzgebung, Auswanderungswesen, Wätereiverordnung, Bau- und Bergarbeitererziehung, Wagnadigungswesen, Berufsvereine usw. — Wir empfehlen unseren Lesern dringend dieses Lehrbuch der politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse.

Die Bronzewaaren-Fabrikation. Anleitung zur Fabrication von Bronzewaaren aller Art, Darstellung ihres Gußes und Veredelns nach demselben, ihrer Färbung und Vergoldung. des Bronzirens überhaupt nach den älteren, sowie bis zu den neuesten Verfahrenswesen. Bearbeitet von Ludwig Müller. Mit 30 Abbildungen. A. Hartlebens Verlag, Wien-Leipzig. Der bekannte technische Verlag hat mit diesem Werke, das bereits in 2. Auflage erscheint, einen vorzüglichen Leitfaden für Bronzearbeiter geschaffen. Ueber alles, was für die Bearbeitung der Bronze zu wissen nothwendig ist, gibt das vorliegende Werk heite und allgemein verständliche Anshunft. Ein Anhang enthält eine kurze Skizze über das Bronzezeitalter.

Im Verlage von Gerhard Hübnemann, Dresden, sind erschienen: Kalender für Betriebsleitung und praktischen Maschinenbau 1902. 10. Jahrgang. 2 Theile. In Leinwandband 3 Mk. in Briefstaschenlederband 3 Mk. und Deutscher Schlosser- und Schmiedekalender 1902. 21. Jahrgang. In Leinwandband 2 Mk., in Briefstaschenlederband 4 Mk. Der Kalender für Betriebsleitung und praktischen Maschinenbau hat unter der Redaktion des auf diesem Gebiete erfahrenen Obergeringieurs P. G ü l d n e r eine bedeutende Erweiterung erfahren. Der Kalender ist zu einem praktischen Hand- und Hilfsbuch für Betriebsbeamte, Mechaniker, Montecure und solche, die es werden

wollen, geworden, und ersetzt in der Behandlung der mannigfaltigsten Gebiete ein technisches Lexikon.

— Ein praktisches Hüfs- und Nachschlagebuch für Bau- und Kunstschlosser, Schmiede, sowie Metallarbeiter aller Branchen ist der Schlosser- und Schmiedekalender. Der 21. Jahrgang des Kalenders wurde redigirt von dem bekannten Baugewerkschuloberlehrer Prof. Albert Schubert in Kassel und hat inhaltlich wie illustrativ Erweiterungen erfahren.

— Für Arbeiterfeste, Gewerkschafts- und Vereinsvergünstigungen hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, soeben ein neues Theaterstück ausgegeben, und zwar diesmal einen kleinen humorvollen Schwank von dem, sonst mehr als sinnigen und ernstem Dichter bekannten Genossen Ernst Preckang: „Die Polizei als Gheftisterin“. Der Verlag ging dabei von der Voraussetzung aus; daß bei den Festen der Arbeiter auch der Humor seine Berechtigung hat. Ein spießbürgerlicher Onkel aus der Provinz, Feind jeder Arbeiterbewegung, hinter der er Umsturz und Staatsgefährlichkeit erblickt, ist der Angelpunkt der lebendigen Handlung; durch tölpelhafte Verwechslung mit einem „staatsgefährlichen“ ausgewiesenen Ausländer seitens eines Polizisten, die zu seiner Verhaftung führt, wird er rasch von seinem Respekt vor der Polizei kurirt und gibt freudig seine Zustimmung zur Verlobung seines Mündels mit einem Sozialdemokraten. Das Stück empfiehlt sich auch besonders wegen seiner leichten Ausführbarkeit.

**Briefkasten.**

**W., Nürnberg.** Sie müssen Nr. 48 nicht gelesen haben, sonst würden Sie uns keine Beschwerde übermitteln; denn das Inserat steht thatächlich in Nr. 46. Wir dürfen wohl verlangen, daß man vor dem Anbringen einer Beschwerde sich auch überzeugt, ob diese gerechtfertigt ist.

**Nyehdt.** Sie schrieben uns am Schlusse der Korrespondenz, daß Sie noch Material zurückbehalten haben. Das uns noch zu senden, darum ersuchten wir Sie. Die Sperre kann nur der Hauptvorstand verhängen, an diesen wollen Sie sich wenden.

**S., Wiesbaden.** Selbstverständlich kann die Kündigung jeden Tag erfolgen. Wenn keine Kündigungsfrist vereinbart, bezim. ausgeschloffen wurde, 14 Tage.

**Verbands-Anzeigen.**

**Mitglieder-Versammlungen.**

**In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegen genommen.**

**Alfeld a. L.** Samstag, 30. November, Abends 9 Uhr, bei Herrmann.

**Altenburg.** Sonntag, 30. Nov., Abends halb 9 Uhr, im Zivoli. Wahl der Ortsverwaltung, Anträge.

**Altendorf-Gröfen.** Samstag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale von Hartmann, Ede Julien- und Bruchstraße.

**Altötting.** Samstag, den 30. November, zu den 12 Aposteln.

**Altona.** Am Dienstag, den 10. Dezbr., Abends halb 9 Uhr bei Christianen.

**Aschersleben.** Sonnabend, 7. Dezbr., Abends 9 Uhr, Schräbers Lokal vor dem Wasserthor.

**Baden-Baden.** Samstag, 7. Dezember.

**Barmen-Elberfeld.** Samstag, 7. Dezember, Abends punkt halb 9 Uhr bei Thiel, Parlamentstraße 5, Barmen.

**Barmen.** (Klempner und Installateure.) Sonntag, 8. Dezbr., Vormittags halb 11 Uhr, bei Thiel, Parlamentstraße 5.

**Bergedorf.** Jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, bei Ww. Wandtke, „St. Petersburg“.

**Berlin.** Drahtzieher. Sonnabend, den 30. Nov. Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

**Berlin.** Konferenz der Vertrauensleute: für den Osten Mittwoch, den 4. Dezember, bei Bartel, Gr. Frankfurterstraße 18; für den Westen Mittwoch, den 4. Dez., bei Warthel, Bülowstraße 59; für den Norden Sonnabend, den 14. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Dieke, Uckerstraße 123; für den Süden Mittwoch, den 18. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Saal 1.

**Bernburg.** Sonnabend, 7. Dezember, Abends 8 Uhr, Steinstraße 2—4. Vorstandswahl, Verbandsangelegenheiten.

**Bielefeld.** (Sektion der Formner.) Freitag, 6. Dezbr., Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn S. Eckörter, Neuenkirchnerstraße.

**Bitterfeld.** Am 23. November.

**Bonn.** Samstag, den 30. November, Abends 9 Uhr, bei Fackbender, Kasernenstraße.

**Braunschweig.** (Allgem.) Sonnabend, 30. November, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

**Braunschweig.** (Mechaniker.) Mittwoch, 4. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.

**Bremen.** Sonnabend, 7. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, Generalversammlung im Vereinshaus, Hanfenstraße 21/22. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

**Brieg.** Sonnabend, 30. Novbr., Abends halb 9 Uhr, im goldenen Anker bei Herrn Fessel, Mühlidamm.

**Bromberg.** Dienstag, 3. Dezbr., Abends 8 Uhr, im „Zivoli“, Thalstraße.

**Eoburg.** Sonnabend, 7. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Esgruer, Wagners Brauerei. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Eöthen.** Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Engel“.

**Crimmitschau.** Sonnabend, den 7. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, in Ahnerts Herberge, Johannisplatz.

**Darmstadt.** Samstag, 7. Dezbr., in Cramers Bierhalle, Dieburgerstraße 18.

